



Protokoll des Einwohnerrats

XII. Legislaturperiode 2016 - 2020

24. Sitzung vom 20. Mai 2019

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 23.00 Uhr

Leitung: Thomas Hafner (Präsident)

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Katharina Macina

Verspätet: Thomas Häfele (ab 20.15 Uhr), Peter Heiz (ab 19.50 Uhr)
Andrea Alt (bis 22:15 Uhr), Anand Jagtap (bis 22:40 Uhr), Stephan Meyer (bis 22:45 Uhr)

Präsident:

Thomas Hafner

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung und Mitteilungen des Präsidenten

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP begrüsst die Mitglieder des Gemeinderats, die Einwohner-räte und Einwohnerrätinnen, die Presse und das anwesende Publikum. Entschuldigt ist Katharina Maci-na, SP. Thomas Häfele und Peter Heiz, beide FDP, werden etwas später eintreffen. Somit sind zurzeit 37 Einwohnerratsmitglieder im Saal. Einfaches Mehr: 19, Qualifiziertes Mehr: 25.

Heute Abend ist ein neues Ratsmitglied anwesend. Der Präsident begrüsst Daniel Setz, FDP, welcher Marc Merian ablöst. Er wünscht ihm einen guten Start und viel Freude bei der politischen Arbeit im Einwohnerrat.

Neue Vorstösse (Tischvorlagen)

Nr. 143, Motion D. Zimmermann, FDP: Eine effiziente Verwaltung mit einer schlanken Regierung

Nr. 144, Dringliche Motion, SVP-Fraktion: Abfallgebühren müssen gesenkt werden

Nr. 145, Anfrage R. Büchelin, SP: Vandalenschäden Schulhaus Meiriacker

Nr. 146, Postulat P. Bräutigam, CVP: Teilnahme der Gemeinde Binningen am Clean-Up-Day

Nr. 147, Anfrage R. Oberli, SVP: VIKZ: Stand der Dinge?

Nr. 148, Budgetpostulat CVP-Fraktion: Durchführung 1. Augustfeier in Binningen

Nr. 149, Interfraktionelles Postulat: Unterstützung der Allschwiler Petition gegen den Fluglärm

Das interfraktionelle Postulat «Unterstützung der Allschwiler Petition gegen den Fluglärm» wurde kurz vor Sitzungsbeginn eingereicht und liegt den Ratsmitgliedern nicht in ausgedruckter Form vor. Der Prä-sident verliest den Text. Die Anfragen werden am Ende der Sitzung durch die zuständigen Gemeinde-ratsmitglieder beantwortet. Von der SVP liegt eine dringliche Motion «Abfallgebühren müssen gesenkt werden» vor. Vor der Abstimmung über die Dringlichkeit wird der Fraktionssprecher gebeten, diese zu begründen.

Urs Brunner, SVP erläutert, der dringliche Vorstoss stehe im Zusammenhang mit dem heute traktandier-ten Geschäft Nr. 138 betreffend Neubau Werkhof. Es muss zuerst abgeklärt werden, ob die Finanzie-rung aus der Spezialfinanzierung möglich ist. Die damalige Empfehlung zur Finanzierung seitens der GRPK wurde im letzten Jahr einstimmig vom Einwohnerrat genehmigt. Um keine Zeit mehr zu verlieren und damit der Gemeinderat sofort mit den Abklärungen beginnen kann, soll der Vorstoss endlich zur Klärung bringen, daher dringlich.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP entgegnet, die Dringlichkeit sei in keiner Art und Weise gegeben. Im heutigen Geschäft zum Werkhof geht es nicht um die Finanzierung des Projekts. Es geht um einen Pla-nungskredit. Die Finanzierung kommt in einem separaten Geschäft zu einem späteren Zeitpunkt. Im Übrigen ist die Finanzierung aus der Spezialfinanzierung zulässig. Die Votantin hat dies abgeklärt. Sie erhielt die Auskunft des Leiters Stabstelle Gemeinden, dass die Finanzierung zulässig ist. Da es aber heu-te nicht um die Finanzierung des Projektes geht, sondern nur um einen Planungskredit, wurde dies im Geschäft nicht entsprechend aufgeführt. Es stellen sich ja auch noch weitere Finanzierungsfragen. Die für die SP wichtige Frage, ob man die Parzelle verkauft oder nicht, gilt es ebenfalls noch zu klären. Die zuständige Gemeinderätin wiederholt nochmals, es gehe heute nicht um die Finanzierung, daher ist die Frage – abgesehen davon, dass sie abgeklärt und beantwortet ist – nicht dringlich. Zudem hat sie schon im Januar darauf hingewiesen, dass eine Motion das falsche Instrument für dieses Anliegen ist. Es braucht ein Postulat, wenn überhaupt. Der Rat war bereits im Januar der Meinung, das Postulat müsse man nicht überweisen bis die Frage der Finanzierung des Werkhofs, die in einem separaten Geschäft kommen wird, beantwortet wurde. Wenn man weiss, ob man es aus dieser Rückstellung finanzieren möchte oder nicht, kann man die Frage beantworten, ob man die Abfallgebühren senkt oder nicht. Heu-te geht es nur um einen Planungskredit, daher keine Dringlichkeit für diese Motion, die eigentlich so-wieso ein Postulat sein müsste.

Urs Brunner, SVP äussert, die SVP wäre damit einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Rahel Bänziger, Grüne weist darauf hin, dass es in einem ersten Schritt um die Dringlichkeit des Vorstosses gehe. Erst danach wird über die Frage gesprochen: Postulat oder Motion? Wenn die Dringlichkeit abgelehnt wird, wird die Überweisung des Vorstosses an einer der nächsten Sitzungen thematisiert. Dann kann der Motionär den Vorstoss umwandeln. Auf die Dringlichkeit hat dies keinen Einfluss. Entweder die Dringlichkeit wird zurückgezogen oder der Rat stimmt nun über die Dringlichkeit ab. Aber der Vorstoss kann erst umgewandelt werden, wenn klar ist, wie man den Vorstoss behandeln muss.

ABSTIMMUNG

Dringlichkeit: 10 JA, 27 NEIN, keine Enthaltung (vgl. Anhang, Abstimmung 01)

BESCHLUSS

://: Die dringliche Behandlung der Motion der SVP-Fraktion: «Abfallgebühren müssen gesenkt werden» wird nicht beschlossen.

Daniel Zimmermann, FDP möchte sich zu seinem Vorstoss «Eine effiziente Verwaltung mit einer schlanken Regierung» äussern. Der Gemeinderat hat erkannt, dass es Zeit ist, die Strukturen in der Gemeinde den neuzeitlichen Gegebenheiten anzupassen. Dies soll mit der Totalrevision der Gemeindeordnung umgesetzt werden. Auf das Geschäft Nr. 132 ist der Rat zu Recht nicht eingetreten und hat es dem Gemeinderat zurückgegeben. Vor dieser neuen Ausgangslage fordert der Votant den Gemeinderat mit seiner Motion auf, die ganze Sache nochmals anzuschauen und sich als Regierung selbstkritisch zu betrachten. Er ist überzeugt, dass Binningen mit einer effizienten Verwaltung und einer schlanken Regierung in Zukunft eine gute Ausgangslage für die Entwicklung der Gemeinde erhält. Der Motionär hofft auf eine grosse politische Unterstützung und dankt dem Gemeinderat für eine wohlwollende Aufnahme.

Bereinigung der Traktandenliste

Präsident Thomas Hafner, CVP schlägt namens des Einwohnerratsbüros vor, das Traktandum 4 «Arealentwicklung Spiesshöfli: Programm für begleitetes Studienverfahren» vor Traktandum 3 «Investitionsausgabe für die Planung eines Werkhofneubaus» zu behandeln. Das Büro fände es sinnvoll, wenn der Rat die beiden Vorlagen in umgekehrter Reihenfolge behandeln würde. Im Weiteren schlägt das Büro vor, Traktandum 8 «Ziele der Produktgruppen (Leistungsziele)» zu verschieben. Der Grund für die Verschiebung sind notwendige weitere Abklärungen. Diese wurden aber erst nach dem Kommissionsabschluss der GRPK an das Einwohnerratsbüro und den GRPK-Präsidenten getragen. Die weiteren Abklärungen hat der Gemeinderat eingebracht. Der Präsident betont, das Geschäft Nr. 140 «Ziele der Produktgruppen (Leistungsziele)» sei wichtig und soll an der nächsten Sitzung behandelt werden. Die Kommission hat sich für die Behandlung sehr stark eingesetzt.

Karl J. Heim, CVP möchte zur Verhinderung von Unsicherheiten, was die mögliche Verschiebung des Traktandums 8 anbelangt, etwas Klärendes sagen. Als GRPK-Präsident legt er gesteigerten Wert auf folgende Feststellungen: Die GRPK hat sich mehr als ausgiebig und höchst seriös mit diesen Leistungszielen befasst, dies auch unter grossem Einsatz ihrer Subkommissionen, denen er an dieser Stelle nochmals danken möchte. Die Leistungsziele sind wichtig für die Budgetierung. Das Empfinden, welches schliesslich zum Antrag geführt hat, dass das Geschäft wegen weiteren Abklärungen zu verschieben ist, kommt vom Gemeinderat. Er wird sich namens seiner Kommission dafür einsetzen, dass das Geschäft möglich bald zum Abschluss gebracht werden kann.

ABSTIMMUNG

Änderung Traktandenliste: 36 JA, 1 NEIN, 1 Enthaltung (Abstimmung 02)

://: Die Traktandenliste wird entsprechend angepasst.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 08.04.2019	
2. Bericht / Antrag der Spezialkommission Personalrecht Totalrevision Personalrecht, 2. Lesung	151/XI
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 02.04.2019 Arealentwicklung Spiesshöfli: Programm für begleitetes Studienverfahren Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti	139
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.02.2019 Investitionsausgabe für die Planung eines Werkhofneubaus Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	138
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.04.2019 Vertrag zur Versorgungsregion Allschwil, Binningen und Schönenbuch Geschäftskreisführung: Barbara Jost	141
6. Bericht / Antrag der Bau- und Planungskommission vom 15.04.2019 Schulraumplanung: Planungskredit Erweiterung Schulcampus Dorf	95
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.04.2019 Erweiterung Trägerschaft Gartenbad beim Schloss Bottmingen Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	142
8. Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission vom 24.04.2019 Schlussbericht Geschäftsprüfung GRPK: Kündigung Aktionärsbindungsvertrag (ABV) betreffend InterGGA AG durch die Gemeinde Binningen	56
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.03.2019 Interfraktionelle Motion: Leistungsvereinbarung zwischen der Einwohner-gemeinde Binningen und der Stiftung Alters- und Pflegeheime Binningen Geschäftskreisführung: Barbara Jost	114
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.03.2019 Interfraktionelles Postulat: Kein Verkauf von APH Immobilien Geschäftskreisführung: Barbara Jost	115
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.03.2019 Postulat R. Büchelin, SP: Kein Bahnanschluss an den EuroAirport Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti	118

- | | | |
|-----|--|------------|
| 12. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.04.2019
Postulat S. Abt, SP: Sicherstellung einer adäquaten Wartung und Instandstellung der Schwimmhalle Spiegelfeld Binningen
Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger | 123 |
| 13. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.04.2019
Motion Chr. Maier, FDP: Komitee Beitritte vor den Einwohnerrat!
Geschäftskreisführung: Mike Keller | 130 |
| 14. | Diversa | |

Genehmigung des Protokolls vom 08.04.2019

Präsident Thomas Hafner, CVP teilt mit, es seien keine Änderungsanträge zum Protokoll eingegangen. Das Protokoll wurde im Einwohnerratsbüro genehmigt und verabschiedet.

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Totalrevision Personalrecht, 2. Lesung

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP führt aus, das Personalreglement sei ein sehr bedeutsames Geschäft für die Gemeinde. Auch aus diesem Grund verdiene es die nötige Sorgfalt. Er vermutet, die vorhandenen Differenzen seien heute wahrscheinlich noch unterschiedlich. Gegenseitige Kompromisse und beidseitiges Entgegenkommen sind vielleicht nochmals gefragt. Die Eintretensdebatte erfolgte in der 1. Lesung am 25. Februar 2019. Der Rat befindet sich also bereits in der Detailberatung. Trotzdem möchte der Präsident den Fraktionen nochmals kurz die Möglichkeit geben, ihren Stand zur heutigen 2. Lesung mitzuteilen. Danach wird der Rat das Reglement Paragraph für Paragraph durchgehen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Philippe Spitz, SP möchte namens der SP die Gelegenheit nutzen, um – so wie es aussieht als einzige Fraktion – kurz Stellung zu nehmen. Die SP wird die Beratung weiterhin kritisch, aufmerksam aber nicht unkonstruktiv verfolgen. Die Fraktion möchte vorausschicken, dass sie nie für Änderungen war, wie sie die Spezialkommission vorgeschlagen hat. Damit will und soll gesagt sein, dem Ganzen ist vorausgegangen, dass die Spezialkommission – aus seiner Sicht ohne Not – den bürgerlich dominierten Gemeinderat, zugespitzt formuliert, rechts überholt und den Entwurf oft mit 3 zu 4 Entscheiden durchgeboxt hat. Der Votant möchte auch an die Frage erinnern, ob die Personalkommission die Möglichkeit erhalten soll, Stellung zu beziehen oder nicht und wie dies ablief. Durchaus lobend erwähnt er, dass ein «Friedenspfeiffer-Gremium» stattfand, welches die Sache wieder etwas entkrampft hat.

Der Redner weist darauf hin, dass die SP-Fraktion dem Reglement in der Schlussabstimmung allenfalls nicht zustimmen wird. Aber diese Frage ist von der für die Fraktion wesentlichen Frage zu unterscheiden: Wird ein Behördenreferendum beantragt und ergriffen? Zu diesem Zweck wird sich die SP vor der Schlussabstimmung ein Time-Out vorbehalten, damit sie Revue passieren lassen kann, was man nun hat und was allenfalls nicht. Dann wird entschieden, ob Antrag auf Behördenreferendum ergeht. Er kann aber auch beruhigend einfließen lassen, dass Gespräche unter den Fraktionen stattgefunden haben und zumindest der Redner optimistisch gestimmt ist, dass man heute zu einer Lösung kommen kann.

Beatrice Büschlen, Grüne macht es kurz. Die Grünen werden zu § 47 und § 48 den gleichen Antrag stellen wie in der 1. Lesung.

DETAILBERATUNG

§ 1 Gegenstand

Keine Wortmeldungen.

§ 2 Grundsätze der Personalpolitik

Keine Wortmeldungen.

§ 3 Rechtsform und Entstehung des Arbeitsverhältnisses

Keine Wortmeldungen.

§ 4 Stellenausschreibung

Keine Wortmeldungen.

§ 5 Anstellungsinstanz

Keine Wortmeldungen.

§ 6 Probezeit

Keine Wortmeldungen.

§ 7 Arten der Beendigung

Keine Wortmeldungen.

§ 8 Kündigungsform

Keine Wortmeldungen.

§ 9 Kündigungsschutz

Keine Wortmeldungen.

§ 10 Ordentliche Kündigung

Gaida Löhr, SP stellt namens der SP den gleichen Antrag wie in der 1. Lesung. In § 10 Abs. 2 beantragt sie, das Wort «insbesondere» zu streichen. Der Wortlaut dieses Absatzes lautet: «Die Arbeitgeberin kann das Arbeitsverhältnis aus wesentlichen Gründen kündigen.». Anschliessend folgt eine Aufzählung. Die Fraktion ist der Meinung, diese Liste sei abschliessend.

Sven Inäbnit, FDP erläutert, die FDP beharre auf dem Wort «insbesondere». Es ist aus rechtlicher Sicht ein wesentlicher Passus in diesem Paragraphen. Die Fraktion lehnt den Antrag der SP ab.

ABSTIMMUNG

§ 10 Abs. 2: Streichung des Wortes «insbesondere»: 18 JA, 20 NEIN, keine Enthaltung (Abstimmung 03)

://: Die Streichung des Wortes «insbesondere» in § 10 Abs. 2 wird abgelehnt.

§ 11 Fristlose Kündigung

Keine Wortmeldungen.

§ 12 Ungerechtfertigte Kündigung

Keine Wortmeldungen.

§ 13 Auflösung in gegenseitigem Einvernehmen

Keine Wortmeldungen.

§ 14 Auflösung infolge Invalidität

Simone Abt, SP informiert, die SP beantrage nochmals über ihren Antrag aus der 1. Lesung abzustimmen. Es ist der Fraktion wichtig. Einmal mehr geht es um einen wirklichen Spezialfall, welchen sie den Anwesenden beliebt machen möchte. Es geht darum, dass eine Kann-Formulierung gewählt wurde, in einem Satz, der bereits den Passus «nach Möglichkeit» beinhaltet. Nachdem dies «kann kann» heissen würde und der Beliebigkeit viel wäre, stellt sie den Antrag, die Kann-Formulierung wegzulassen und zum

geltenden Recht zurückzukehren: «Bei der Zusprechung einer Teilinvalidenrente soll das Arbeitsverhältnis nach Möglichkeit neu abgeschlossen werden.».

Sven Inäbnit, FDP erwähnt, die FDP habe sich das Ganze nochmals angeschaut und sei nicht zum Schluss gekommen, dass das «Kann» mit der ursprünglichen Formulierung ersetzt werden soll. Es ist letztlich die gleiche Aussage und ein verkürzter Text. Die Fraktion sieht keinen Grund, weshalb man auf die alte Version des Gemeinderats zurückkommen müsste. Es soll nach Möglichkeiten wieder ein Arbeitsverhältnis entstehen, aber dies entspricht auch der Kann-Formulierung. Die lässt diese Möglichkeit absolut offen. Die FDP wird bei der Version der Spezialkommission bleiben und lehnt den Antrag ab.

ABSTIMMUNG

§ 14 Abs. 2: zurück zum geltenden Recht: 13 JA, 25 NEIN, keine Enthaltung (Abstimmung 04)

://: Die Rückkehr zum geltenden Recht in § 14 Abs. 2 wird abgelehnt.

§ 15 Erreichen der Altersgrenze

Keine Wortmeldungen.

§ 16 Arbeitszeugnis

Keine Wortmeldungen.

§ 17 Aus- und Weiterbildung

Keine Wortmeldungen.

§ 18 Beurteilungs- und Förderungsgespräch

Keine Wortmeldungen.

§ 19 Nebenerwerbstätigkeit, öffentliches Amt, Mandate

Keine Wortmeldungen.

§ 20 Mitsprache

Keine Wortmeldungen.

§ 21 Vorübergehende Zuweisung anderer Arbeit

Keine Wortmeldungen.

§ 22 Vorteile, Trinkgelder und Geschenke

Keine Wortmeldungen.

§ 23 Verantwortlichkeit gegenüber Gemeinde und Dritten

Keine Wortmeldungen.

§ 24 Vertrauensärztliche Untersuchung

Keine Wortmeldungen.

§ 25 Funktionsbewertung und -einstufung

Keine Wortmeldungen.

§ 26 Lohntabelle

Gaida Löhr, SP kommt nicht darauf zurück, dass ihre Fraktion bei der Lohntabelle nicht vom Kanton weg wollte. Sie kommt nur darauf zurück, dass man sich klar sein muss, welche Lohntabelle man als Basis nehmen möchte. Die dem Reglement angehängte ist eine alte Lohntabelle des Kantons. Inzwischen gibt es eine Lohntabelle 2019. Da der Rat unabhängig vom Personalreglement bereits über das Lohnprozent entschieden hat, dass die Gemeinde einmal mehr bezahlt hat, müsste man jetzt sinnvollerweise die Lohntabelle 2019 des Kantons als Basis nehmen. Der Antrag der SP lautet: «Annahme der Lohntabelle 2019 als Basis.» Das heisst nicht, dass sich die Gemeinde konsequent an den Kanton anhängt, sondern es heisst nur, dort wo man sich anhängt, gilt das jetzt und heute als Basis.

Sven Inäbnit, FDP stimmt der SP in diesem Punkt zu. Es ist richtig, man muss die neue Lohntabelle 2019 als Anhang zum Reglement definieren. Das Parlament hat beschlossen, dass es wieder Parität zu den Löhnen beim Kanton geben soll. Dies kam im Rat klar zum Ausdruck. Damit hat man die Lohntabelle nach wie vor vom Kanton entkoppelt. Je nach Entwicklung ist die Gemeinde autonom, wie sie diese nach oben oder nach unten anpassen möchte. Aber die Ausgangslage jetzt ist korrekt. Daher muss man dem Antrag der SP aus Sicht seiner Fraktion zustimmen.

ABSTIMMUNG

§ 26: Lohntabelle 2019 als Basis: 36 JA, 1 NEIN, keine Enthaltung (Abstimmung 05)

://: Als Anhang zum Reglement gilt die Lohntabelle 2019.

§ 27 Grundlohn bei Einstellung

Keine Wortmeldungen.

§ 28 Jahreslohn

Keine Wortmeldungen.

§ 29 Individuelle Entwicklung des Grundlohns (Anstieg des Leistungsanteils)

Keine Wortmeldungen.

§ 30 Generelle Entwicklung des Grundlohns

Keine Wortmeldungen.

§ 31 Familienzulage

Keine Wortmeldungen.

§ 32 Erziehungszulage

Keine Wortmeldungen.

§ 33 Persönliche Zulage

Keine Wortmeldungen.

§ 34 Leistungsprämie

Keine Wortmeldungen.

§ 35 Jubiläumsprämie

Keine Wortmeldungen.

§ 36 Abgeltung besonderer Arbeitsleistungen, Funktionen, Arbeiterschwernisse und Auslagen

Keine Wortmeldungen.

§ 37 Weitere Leistungen

Philippe Spitz, SP bezieht sich auf den Entwurf des Gemeinderats und spricht im Speziellen die Reka-Checks an. Die SP hält dafür, dass es unter Mitarbeitenden ein beliebtes Mittel ist und eine grosse Hebelwirkung besteht. Mit wenig Aufwand resp. Geld-Leistung kann man viel bewirken. Offenbar gibt es immer einen Run auf diese Reka-Checks. Es ist keine teure Sache, aber eine beliebte. Man würde hier etwas wegnehmen. Die Fraktion wünscht und beantragt, dass es keine Kann- sondern eine Soll- oder Muss-Vorschrift ist, wobei klar ist, dass dies immer noch der Gemeinderat festlegt. Die SP stellt den Antrag, der bereits in der 1. Lesung erfolgt ist und weist darauf hin, dass es auch in der Privatwirtschaft ein gern gesehener und motivierender Lohnbestandteil ist, den man aus ihrer Sicht ohne weiteres annehmen kann.

Sven Inäbnit, FDP ist der Wortlaut des Antrags nicht ganz klar. Der Rat hat in der 1. Lesung § 33 des Entwurfs des Gemeinderats angenommen. Möchte die SP explizit das Wort Reka-Checks in diesem Paragraphen stehen haben? Wenn es tatsächlich so ist, stellt die FDP noch immer in Frage, ob es stufengerecht ist, in einem Reglement von einer solch spezifischen Vergünstigung zu reden. Mit dem Beschlossenen ist der Gemeinderat durchaus frei, dies weiterhin zu gewähren. Es ist einfach etwas seltsam, wenn in einem Reglement eine derartige Spezialvergünstigung expressis verbis aufgeführt ist. Damit tut sich seine Fraktion schwer. Er wäre froh, wenn sein Vorredner den Antrag nochmals präzisieren könnte.

Philippe Spitz, SP äussert, es sei richtig. Im Entwurf des Gemeinderats wird es nicht explizit erwähnt. Es ist aber klar, dass es sich auf die Reka-Checks bezieht. Nicht zuletzt weil dies heute so argumentiert und ins Protokoll aufgenommen wird. Zudem ist auch nicht ersichtlich, was es sonst sein sollte. Bisher waren Reka-Checks – soweit ersichtlich – die einzige Vergünstigung, wenn man von den Mietzinsreduktionen absieht, die nicht mehr gewährt werden. Daher ist es zwar nicht explizit erwähnt, es ist dem Gemeinderat aber aus den Umständen und da man es im Rat beraten hat konkludent klar, dass Reka-Checks gemeint sind und man möchte, dass solche Vergünstigungen gewährt werden. Man gibt dem Gemeinderat das politische Vertrauen, dass er weiss und haushalten kann, wie weit man hier gehen soll und kann. Die SP möchte den Entwurf des Gemeinderats zum Antrag erheben, welcher nicht explizit die Reka-Checks erwähnt, aber keine Kann-Vorschrift hat. Das ist der entscheidende Unterschied.

ABSTIMMUNG

Der Präsident liest den Entwurf des Gemeinderats zu § 37 (früher § 33) vor:

«Abs. 1: Den Mitarbeitenden stehen weitere Leistungen und Vergünstigungen zu.

Abs. 2: Der Gemeinderat regelt die Details in einer separaten Verordnung oder Wegleitung.».

Sven Inäbnit, FDP erklärt, die FDP tue sich schwer, wenn in diesem Paragraphen steht: «Den Mitarbeitenden stehen weitere Leistungen und Vergünstigungen zu.». Das ist zu wenig spezifisch. Die Fraktion hätte damit leben können, wenn es wirklich um die Reka-Checks im Speziellen gegangen wäre. Das möchte sie aber auch nicht geschrieben haben, daher ist die Kann-Formulierung aus ihrer Sicht das Richtige. Wenn es so wie von der SP gefordert formuliert wird, wird es zu einem Lohnbestandteil, der rechtlich eingefordert werden kann. Das möchte die FDP nicht im Reglement festschreiben. Sie vertraut dem Gemeinderat, dass er das bestehende Regime mit den Checks weiterführen kann. Das ist absolut im Rahmen dieses Paragraphen und aus Sicht der Fraktion sinnvoll. Einen verbindlichen Anspruch auf weitere Leistungen und Vergünstigungen möchte die FDP nicht ins Reglement schreiben. Angenommen der Gemeinderat kommt vom Konzept der Reka-Checks weg und es gäbe für einen Moment nichts, dann gäbe es einfach einen Forderungskatalog von Seiten des Personals. Die FDP kann dem nicht zustimmen.

§ 37: Entwurf des Gemeinderats (früher § 33): 12 JA, 27 NEIN, keine Enthaltung (Abstimmung 06)

://: Der Antrag, in § 37 die Formulierung des Entwurfs des Gemeinderats (früher § 33) zu übernehmen, wird abgelehnt.

§ 38 Lohnfortzahlung infolge Arbeitsunfähigkeit

Keine Wortmeldungen.

§ 39 Lohnfortzahlung infolge Einsatz im Rahmen von öffentlichen Diensten

Keine Wortmeldungen.

§ 40 Lohnzahlung bei Haftpflichtansprüchen gegenüber Dritten

Keine Wortmeldungen.

§ 41 Lohnnachgenuss

Keine Wortmeldungen.

§ 42 Arbeitszeit

Keine Wortmeldungen.

§ 43 Ferien

Keine Wortmeldungen.

§ 44 Ferienbezug und Abgeltung von Ferien

Keine Wortmeldungen.

§ 45 Bezahlte arbeitsfreie Halbtage und obligatorische Kompensationstage

Keine Wortmeldungen.

§ 46 Urlaub

Keine Wortmeldungen.

§ 47 Mutterschaftsurlaub

Beatrice Büschlen, Grüne wiederholt den Antrag der Grünen aus der 1. Lesung: «§ 47 Abs. 1: Der Mitarbeiterin steht ein sechsmonatiger Mutterschaftsurlaub zu, der im Zeitraum der ersten 6 Monate nach der Geburt bezogen werden kann.».

ABSTIMMUNG

§ 47 Abs. 1: 6 Monate Mutterschaftsurlaub: 31 JA, 8 NEIN, keine Enthaltung (Abstimmung 07)

://: § 47 Abs. 1 lautet neu: «Der Mitarbeiterin steht ein sechsmonatiger Mutterschaftsurlaub zu, der im Zeitraum der ersten 6 Monate nach der Geburt bezogen werden kann.».

§ 48 Vaterschaftsurlaub

Beatrice Büschlen, Grüne erklärt, auch hier möchte die Fraktion ihren Antrag aus der 1. Lesung nochmals einreichen: «§ 48 Abs. 1: Dem Mitarbeiter wird während des ersten Lebensjahres seines Kindes ein bezahlter Urlaub von zehn Arbeitstagen gewährt, welcher in ein oder zwei Tranchen bezogen werden kann.».

Damit könnte man auch etwas für die Väter tun. Sie hofft auch hier auf Zustimmung.

ABSTIMMUNG

§ 48 Abs. 1: 10 Arbeitstage Vaterschaftsurlaub: 31 JA, 8 NEIN, keine Enthaltung (Abstimmung 08)

://: § 48 Abs. 1: «Dem Mitarbeiter wird während des ersten Lebensjahres seines Kindes ein bezahlter Urlaub von zehn Arbeitstagen gewährt, welcher in ein oder zwei Tranchen bezogen werden kann.»

§ 49 Urlaub bei der Adoption eines Kindes

Keine Wortmeldungen.

§ 50 Jugendurlaub

Stephan Appenzeller, SP informiert, die SP wiederhole an dieser Stelle ihren Antrag aus der 1. Lesung zum Thema Jugendurlaub. Die Fraktion findet es gut, dass dies im Reglement geregelt wird und nicht wie früher in der Verordnung. Sie stellt den Antrag, dass den Mitarbeitenden für die Förderung der Jugendarbeit in Zukunft bis zu zwei Wochen und nicht nur bis zu einer Woche Urlaub gewährt werden kann. Dies um die ausserschulische Jugendarbeit in der Gemeinde zu fördern.

ABSTIMMUNG

§ 50: zwei Wochen bezahlter Jugendurlaub: 27 JA, 9 NEIN, 3 Enthaltungen (Abstimmung 09)

://: § 50 lautet neu: «Für ausserschulische Jugendarbeit im Sinne von Art. 329e OR erhalten die betreffenden Mitarbeitenden bis zu insgesamt zwei Arbeitswochen bezahlten Urlaub.»

§ 51 Berufliche Vorsorge

Keine Wortmeldungen.

§ 52 Unfallversicherung

Keine Wortmeldungen.

§ 53 Krankentaggeldversicherung

Keine Wortmeldungen.

§ 54 Dienstweg

Keine Wortmeldungen.

§ 55 Anhörung

Keine Wortmeldungen.

§ 56 Verwaltungsinterne Rechtsmittel

Keine Wortmeldungen.

§ 57 Disziplinarrecht

Keine Wortmeldungen.

§ 58 Übergangsbestimmungen

Keine Wortmeldungen.

§ 59 Aufhebung bisherigen Rechts

Keine Wortmeldungen.

§ 60 Inkrafttreten

Keine Wortmeldungen.

Der Präsident teilt mit, damit sei die Detailberatung abgeschlossen.

Gaida Löhr, SP äussert, ihre Fraktion habe das in der Geschäftsberatung angesprochene Time-Out bereits im lauten Geflüster abhacken können. Es ist nach wie vor nicht das Reglement der SP. Die Verwaltung besteht nicht nur aus frisch gebackenen Müttern und Vätern, sondern es gibt noch viel anderes in diesem Reglement, das die Fraktion bekämpft hat. Die SP hat eine relativ kleine Auswahl der Punkte nochmals gebracht und ist mit diesen nochmals untergegangen. Sie sah aber auch, dass Entgegenkommen vorhanden ist. Die Rednerin kommt auf das Votum von Philippe Spitz zu Beginn der Beratung zurück. Die SP wird dem Reglement mehrheitlich nicht zustimmen, sie wird es aber auch nicht mit einem Referendum bekämpfen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Antrag 1 der Spezko: 26 JA, 5 NEIN, 8 Enthaltungen (Abstimmung 10)

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP führt aus, der Gemeinderat hoffe, dass die abschliessende Prüfung nicht nochmals so lange dauert wie die erste. Er hofft daher, dass das Reglement auf den 1.1.2020 auf den Weg geschickt werden kann. Letztlich ist man aber davon abhängig, wann die Prüfung abgeschlossen ist. Er möchte beliebt machen, dass man für die Inkraftsetzung in Antrag 2 den 1.1.2020 einsetzt. Wenn es zu Verzögerungen beim Kanton kommen würde, würde man den Einwohnerrat informieren.

Antrag 2 der Spezko: 28 JA, 1 NEIN, 10 Enthaltungen (Abstimmung 11)

BESCHLUSS

://: 1. Das Personalreglement der Gemeinde Binningen wird mit Änderungen beschlossen.

://: 2. Das Personalreglement der Gemeinde Binningen tritt nach der Genehmigung durch die kantonale Finanz- und Kirchendirektion auf den 1.1.2020 in Kraft.

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP möchte der Spezialkommission an dieser Stelle nochmals für ihre Arbeit danken.

Traktandum 3

Nr. 139

Arealentwicklung Spiesshöfli: Programm für begleitetes Studienverfahren

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Beatrice Büschlen, Grüne bedankt sich namens ihrer Fraktion für das informative Programm zum begleitetem Studienverfahren. Die Grünen begrüssen die Art des Verfahrens, aber auch die Zusammensetzung der Gremien haben sie überzeugt. Es ist für einmal nur eine Kenntnisnahme, trotzdem möchte die Fraktion dem Gemeinderat noch ein kleines Feedback geben. Wenige Informationen haben sie im Bereich von Gewässerfragen gefunden. Bei ihren Recherchen haben die Grünen dieses Spezialwissen vermisst. Der Landschaftsarchitekt, Herr Schönholzer, hat einen sehr guten Job gemacht bei der Testplanung Dorf. Die Fraktion hofft, dass der Blick für das Grüne ähnlich interessante Resultate bringen wird, wie im Dorf. Sie geht auch davon aus, dass der durchgehende Spazierweg bestehen bleibt und das versprochene mehr Grün im Quartier aus- und weiterentwickelt wird. Wünschenswert wäre auch, die Etappierbarkeit schon jetzt so aufzuzeigen, dass auch ohne Werkhof oder mit diesem Abschnitt zu einem späteren

Zeitpunkt angefangen werden kann. Die Grünen nehmen Kenntnis vom Programm und wünschen dem Team gutes Gelingen.

Patricia Bräutigam, CVP legt dar, die CVP begrüsse es, dass die Arealentwicklung ausführlich geplant und dabei alle Aspekte – soziale, ökologische und ökonomische – berücksichtigt werden. Wichtig ist der Fraktion auch, dass alle betroffenen Grundeigentümer und damit auch die Gemeinde selbst daran beteiligt sind. Etwas merkwürdig erscheint ihr, dass der Verkauf des Werkhofareals in der Vorlage kein Thema ist, in der Vorlage zum Werkhofneubau aber mehrfach als Möglichkeit aufgeführt wird. Die CVP würde interessieren, inwiefern sich ein allfälliger Verkauf der Parzelle auf das Mitspracherecht der Gemeinde bei der Arealentwicklung auswirken und wie sich die Zeitachse verändern würde. Sie wäre froh, um eine Antwort der zuständigen Gemeinderätin. Die Fraktion nimmt das Geschäft zur Kenntnis.

Barbara Fankhauser, SVP signalisiert, die SVP werde das Geschäft zur Kenntnis nehmen, möchte aber doch noch einige Punkte anbringen. Die Arealentwicklung Spiesshöfli kann nicht losgelöst vom Werkhof-Projekt betrachtet werden. Ebenso spielt die Albert Lück-Stiftung als Besitzerin der Parzelle 287 eine wichtige Rolle. Beides hat einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Grösse des Areals. Was passiert, wenn der neue Werkhofstandort abgelehnt wird? Das ist durchaus möglich, denn der Werkhof würde von einer 30er-Zone in die nächste verlagert werden. Der neue Standort befindet sich aber in einem teureren Quartier. Widerstand ist auch bei einer allfällig nötigen Bodensanierung zu erwarten. Die Kosten sind unbekannt. Darauf hat die SVP bereits an der Einwohnerratssitzung vom 14. April 2018 hingewiesen. An der gleichen Sitzung vermutete sie, dass die Albert Lück-Stiftung wenig Interesse haben wird, ihre vor nicht allzu langer Zeit sanierte Immobilie auf der Parzelle 287 abzureissen.

Gibt es einen Plan B des Gemeinderats, sollte der Werkhof nicht verlagert werden? Gibt es vielleicht sogar einen Plan C, sollte neben dem Werkhof auch die Parzelle 287 nicht Teil des Projekts sein? Die Idee der BLT – man kann es in den Unterlagen nachlesen – in erster Linie 2- und 3-Zimmerwohnungen und nur ein kleines Kontingent an 4-Zimmerwohnungen zu erstellen, stimmt die SVP sehr nachdenklich. Wie verträgt sich dies mit bezahlbarem Wohnraum vor allem auch für Familien? Kann und wird der Gemeinderat hier noch Druck ausüben können? Eine letzte Anmerkung: Wie sieht es aus mit der Renaturierung des Brisig im betroffenen Areal? Wäre es nicht der beste Zeitpunkt, dies auch in die Planung aufzunehmen und in Angriff zu nehmen? Es wird doch im angegebenen Perimeter kein Stein auf dem anderen bleiben. Hat der Gemeinderat dies auf dem Radar?

Daniel Zimmermann, FDP dankt dem Gemeinderat namens der FDP für die sehr gute Vorlage. Letztlich geht es um das Programm. Er geht davon aus, all die zu recht gestellten Fragen von seinen Kolleginnen und Kollegen werden im dargestellten Prozess beantwortet und aufgezeigt werden können. Der Rat nimmt heute zur Kenntnis, dass ein Programm vorgestellt wird. Das Parlament wird nach diesem Programm noch mindestens zweimal die Möglichkeit haben, sich zu äussern und seine Meinung abzugeben. Die FDP nimmt zustimmend Kenntnis von diesem Geschäft.

Philippe Spitz, SP erklärt, auch die SP habe sich über das Geschäft gebeugt, welches aber nur eine Kenntnisnahme bezweckt. Die Fraktion ist einerseits verhalten freudig optimistisch und andererseits etwas kritisch. Sie sieht die Verknüpfung mit dem Werkhof. Hier ist die SP zuversichtlich, dass man eine Lösung finden wird. Aber das eine hängt natürlich vom anderen ab. Die Fraktion war etwas enttäuscht, dass der Gemeinderat die Vorlage relativ neutral vertritt und keine genauen inhaltlichen Vorstellungen hat, sondern die Sache einfach einmal diesem Gremium unterbreitet. Ist das Kalkül, weil man ohnehin schon weiss, wie das Gremium entscheiden wird oder hat man einfach keine Ideen? Der Votant hat es extra zugespitzt formuliert. Die SP hätte etwas mehr Führung, mehr Ideen und Kreativität vom Gemeinderat erwartet, der ein Exekutivorgan ist und nicht irgendeine Ombudsstellung hat.

Die Rolle der BLT hat die SP merkwürdig berührt. Ist die BLT eine Immobilienmagnatin geworden? Geht es um die BLT-Pensionskasse, die hier mitmischet? Das hat der Votant aber nicht so gelesen. Es berührt

merkwürdig, dass die BLT nur kleine Wohnungen erstellen und dann auch noch Wohnungen verkaufen will. Man hat immerhin zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat im Bericht nirgends von Stockwerkeigentum oder Ähnlichem redet. Darauf wird er später auch behaftet. Es geht um Mietwohnungen. Dann berührt aber merkwürdig, dass im nächsten Geschäft die Rede ist von Erlös. Erlös des Grundstücks ist nicht zwingend Verkauf, sondern könnte auch Baurecht sein. Es berührt seine Fraktion aber schon sehr merkwürdig, wenn man von Mietwohnungen redet und dann von Erlös. Will man einen Intermediär dazwischen schalten? Ein Intermediär tönt nach Profit, der nach Aussen geht. Da sieht die SP wenig Spielraum und fragt sich: Wieso? Die Fraktion wäre froh, wenn man hier noch etwas Fleisch am Knochen hätte, was gemacht werden soll. Die Zusammensetzung des Gremiums tönt ein wenig nach Verdichtungseuphorie und tendenziell möglichem Dichtestress. Die SP fände es nicht so toll, wenn hier Dichtestress angewendet werden würde. Sie sieht auch nicht, dass eine weitere Brücke über den Birsig zur Erschliessung via Werkhof ein Thema ist oder sein kann. Hier ist die Fraktion mit der SVP einig, dass man den Birsig im Gegenteil renaturieren sollte. Die SP nimmt mit Freude zur Kenntnis, dass die SVP hier auf einem grünen Zug ist.

Der Votant möchte darauf hinweisen, dass der Kanton Baselland noch zwei Grundstücke im Süden dieses Areals besitzt, die eine Erschliessung von Süden ermöglichen würden. Es sind offenbar Grundstücke, die 1964 im Zusammenhang mit einer allfälligen Zusammenlegung des Birsigtalbähnleins mit dem 2er-damals 7er-Tram gekauft wurden. Es gibt also die Möglichkeiten. Die SP findet es gut, dass man die Erschliessung nicht dem Trangleis entlang machen will. Sie sieht natürlich auch, dass die Albert Lück-Stiftung entscheidende Grundstücke besitzt. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass es mit der Parzelle 287 wahrscheinlich nicht vorwärts gehen wird und die Gemeinde auch deswegen ein grosses Gewicht hat mit dem Werkhofgrundstück. Die Fraktion geht davon aus und erwartet, dass die Gemeinde ihr Gewicht bei diesem eigentlich tollen Projekt in die Waagschale wirft und nicht nur klein beigibt und den Werkhof möglicherweise einfach für eine Erschliessung über den Birsig hergibt oder für so ähnliche, blöde Ideen. Damit hat der Votant dem Gemeinderat einige Punkte mit auf den Weg gegeben. Der Gemeinderat kann daraus ablesen, wie die SP das Geschäft sieht. Bei all dem bedankt er sich für die tolle Sache, die unterwegs zu sein scheint. Die Fraktion wird das Projekt einerseits freudig und andererseits kritisch optimistisch begleiten.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP findet es toll, mit welchem Engagement die Ratsmitglieder all dies aufnehmen und wie intensiv sie sich damit beschäftigen. Es ist alles richtig, was gesagt wurde. Die Anwesenden sind aber alle bereits einen Schritt weiter. Zuerst geht es nun um den ersten Schritt, bei dem die ganzen Grundlagen definiert werden müssen. Trotzdem kommt sie kurz auf die erwähnten Punkte und vor allem auf das Votum von Philippe Spitz zu sprechen, ob dem Gemeinderat Kreativität fehle oder ob er einfach zu wenige Ideen habe. Sie erinnert daran, dass das Thema in einer Einwohner-ratssitzung vor einigen Monaten aufgenommen wurde. Damals hat der Rat ausschliesslich darum gebeten, dass man ihn miteinbeziehe. Genau das macht der Gemeinderat nun. Es ist auch der Grund, weshalb in diesem ersten Teil ein möglichst breites Feld offengelassen wurde, damit anschliessend Raum besteht, in einem weiteren Schritt, in welchem es um die Mitwirkung geht, all die geäusserten Ideen und Voten miteinzubeziehen.

Im ersten Teil mit dem Studienverfahren geht es zuallererst einmal um die Erarbeitung der Grundlagen. Was heisst das? Bevor man überhaupt anfangen kann zu planen, muss man wissen, mit wie vielen Quadrat- resp. Kubikmetern geplant werden kann. Wie sieht es mit der Bodenbegebenheit aus? Es gibt einen Gewässerraum etc. Bevor man dies nicht alles aufgenommen und erarbeitet hat, kann man noch nicht über Wohnungsgrössen oder -einheiten oder ob ein Weg irgendwo kommt oder nicht reden. Zuerst muss man wissen, was die Grundlage ist, auf welcher man planen kann. Darum geht es in diesem begleiteten Studienverfahren. Es wurden alle Schritte aufgezeigt, sodass die Ratsmitglieder nachschauen können, wo man steht. Das Projekt wird in verschiedenen Schritten – das ist das klassische Verfahren – weitergehen. Es gibt eine Mitwirkung, in welcher die heute eingebrachten Punkte behandelt werden. Aber um diese Punkte diskutieren zu können, muss zuerst geschaut werden, was eigentlich Sache ist.

Um dies zu definieren braucht es das Studienverfahren, welches später hilft, über die weiteren Parameter – alle, die heute genannt wurden – zu entscheiden.

Die zuständige Gemeinderätin hätte gerne alle Fragen im Detail behandelt. Aber es ist etwas schwierig, da die meisten diesen zweiten Teil betreffen. Sie versucht es dennoch. Es wurde eine weitere Brücke über den Birsig angesprochen. Das ist eine Sache, die in diesem weiteren Schritt behandelt werden kann. Gewässer, Landschaftsarchitekten, Grünräume: Auch hier muss man zuerst wissen, wie alles aussieht, wie viele Quadratmeter es sind, wie es topografisch aussieht. Anschliessend kann man planen. Der Verkauf des Werkhofs ist momentan wie gesagt kein Thema. Ob es ein Thema wird, weiss man nicht. Das kann man jetzt nicht sagen. Zum Thema Werkhof wurde der Erlös angesprochen. Beim Erlös könnte es sich z.B. auch um Mieterlös handeln, wenn man es im Finanzvermögen belassen würde. Da gibt es alle Möglichkeiten. Momentan ist man noch nicht so weit. Im Moment geht es um die Grundplanung. Alle weiteren Fragen werden in der weiteren Planung, wenn es wirklich um die Detailplanung geht, erörtert werden können. Dort gehört dann auch dazu, dass beispielsweise die Möglichkeit besteht – dies war eine Thema, auf welches sie nicht heute aber sonst einmal angesprochen wurde –, dies durch verschiedene Teams anschauen zu lassen. Das könnte man sich z.B. unter einem Wettbewerb vorstellen. Einfach damit diese Möglichkeiten auch genannt sind. Lange Rede kurzer Sinn: Hier geht es um die Grundsatzplanung und die Erarbeitung der Grundlagen, damit all die heute eingebrachten Fragen später berücksichtigt werden können.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Ablauf der Arealentwicklung Spiesshöfli und vom Programm für das begleitete Studienverfahren.

Traktandum 4

Nr. 138

Investitionsausgabe für die Planung eines Werkhofneubaus

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Daniel Zimmermann, FDP dankt dem Gemeinderat namens der FDP für die Vorlage und findet die Weiterbearbeitung des Themas höchst dringend. Spielt das Geschäft doch in den Themen des Doppelspurausbaus Spiesshöfli und der Immobilienstrategie eine zentrale Rolle und die finanzpolitische Sicht ist bei diesem Projekt nicht ganz unbedeutend. Es geht beim Projekt für die Realisierung um ca. 9 Mio. Franken. Bevor man den Planungsprozess startet, muss man die Zielsetzung, die sich der Gemeinderat selbst überlegt hat, nochmals anschauen. Grundsätzlich ist allen klar, dass der bestehende Werkhof aus raumplanerischer resp. städtebaulicher Sicht keinen optimalen Standort mehr hat und sich eine Sanierung aus wirtschaftlichen Überlegungen nicht mehr lohnt. Mit dem neuen Standortvorschlag im Gebiet St. Margarethen/Friedhof sind zwar die technischen und betrieblichen Funktionen vordergründig in der Vorlage erklärt, jedoch stellen sich der FDP bei diesem Projekt noch ganz andere Fragen. Erstens: Ist der Standort vernünftig? Ist doch das Gebiet die Zone der Ruhe und Besinnung und ein Werkhofbetrieb ist nicht vergleichbar mit einem Betrieb eines ruhigen Gärtnerei-Betriebs. Zweitens: Wird der dezentrale Standort von der Bevölkerung akzeptiert und ist die Erreichbarkeit für alle Bevölkerungsgruppen möglich? Letztlich: Macht eine optionale Erweiterungsplanung für die Verlegung der Bauverwaltung Sinn? In den letzten paar Jahren hörte man vom Gemeinderat immer, die Verwaltung solle zentral, kompakt und kundenfreundlich als Anlaufstelle entwickelt werden. Aufgrund dieser Überlegungen kam die FDP zur

Meinung, dass die Planungskosten zu diesem Geschäft Nr. 138 noch nicht beschlossen werden sollen. Die Fraktion will die Vorlage an die Bau- und Planungskommission überweisen.

Rahel Bänziger, Grüne teilt mit, die Grünen werden den Investitionskredit ablehnen. Sie sind der Ansicht, dass zuerst die Studie abgewartet werden muss. Wenn man sieht, was in der Gemeinde angesichts des Schulraumbedarfs und der Immobilienstrategie ansteht, hat ein neuer Werkhof für die Fraktion keine Priorität. Der neue Standort und auch die Erschliessung mit dem ÖV sind nicht optimal. Es gibt noch keinen Ortsbus, der dort hochfährt. Den müsste man noch einführen. Auch die Entsorgungsorte und die Erreichbarkeit wurden von ihrem Vorredner bereits angesprochen. Zudem setzt die Fraktion ein grosses Fragezeichen hinter die aufgezeigte Finanzierung. Wenn der Werkhof wegzieht und etwas Neues am jetzigen Standort des Werkhofs gebaut wird, dann muss dieser saniert werden. Im Kataster des Kantons Baselland ist er nämlich bei den belasteten Standorten aufgeführt unter «belasteter Standort, untersuchungsbedürftig». Es könnte durchaus sein, wenn dort eine Sanierung notwendig wird – und das ist bei einem Neubau, wenn etwas gebaut werden soll –, dass es relativ teuer werden und man von den 5 Mio. Franken Erlös nicht mehr viel sehen würde. Man muss sich auch überlegen, ob es Sinn macht, den jetzigen, belasteten Standort zu verschieben und an einem anderen Ort, oben beim Friedhof, einen neuen belasteten Standort zu generieren. Hinter diese Frage setzen die Grünen ein grosses Fragezeichen. Die Fraktion ist erstaunt, weshalb dem Rat wieder ein Kombi-Geschäft Spiesshöfli / Werkhof vorgelegt wird. Man sieht, dass entsprechende Abhängigkeiten und Risiken durchaus vorhanden sind. Die Grünen werden den Kredit im Moment ablehnen bis sie die Studie vorliegen haben und die Liegenschaftsstrategie geklärt ist. Es eilt nicht. Die Fraktion hat die Befürchtung, dass über das Areal ev. eine neue Erschliessungsstrasse gebaut werden soll. Wenn dem so sein sollte, wäre es im wahrsten Sinne des Wortes ein teures Pflaster. Die Grünen werden den Planungskredit ablehnen.

Brigitte Strondl, SP stellt fest, das Projekt Werkhofneubau sei eng verknüpft mit der Arealentwicklung Spiesshöfli. Die SP erachtet es daher als sinnvoll, dass die beiden Projekte gemeinsam angeschaut werden. Das heisst, dass das Ergebnis des Studienauftrags abgewartet werden soll. Erst dann soll entschieden werden, was mit dem Werkhofareal passiert. Für die Fraktion wäre es auch eine Option, eines oder mehrere Gebäude auf dem Werkhof stehen zu lassen oder anderen Nutzungen zuzuführen. Nur möglichst neue, hohe Wohngebäude zu bauen bedeutet für sie eine zu enge Sichtweise. Es sollte geprüft werden, ob nicht auch Kleingewerbe Platz finden kann, das vom Lärm her mit Wohngebäuden verträglich ist. So wie es ja bereits besteht, wenn man in Richtung Schloss geht. Kreative Ideen sind gefragt und nicht nur der wirtschaftliche Nutzen. Altersgerechte Wohnungen und Wohngenossenschaften sollten geprüft werden. Zudem bietet der Birsig die Gelegenheit, seine Ufer als Grünzonen zu gestalten, was angrenzende Wohnungen aufwerten würde. Die Machbarkeitsstudie «Neubau Werkhof Binningen» nimmt die Fraktion zur Kenntnis. Auch der SP scheint der Standort nicht ideal, da er wie der Friedhof für einen Teil der Bevölkerung schwer erreichbar ist. Die Votantin möchte hier auf ihr hängiges Postulat zur Erschliessung des Bruderholz hinweisen. Die Lärmemissionen eines Werkhofs neben einem Friedhof haben die Fraktion ebenfalls beschäftigt. Zu diesem Thema kann die zuständige Gemeinderätin aber sicher Auskunft geben. Es hat die SP ziemlich irritiert und sie erachtet es als taktisch nicht geschickt, dass in der Vorlage bei der Finanzierung mit einem Verkaufserlös von 5 Mio. Franken für das Areal gerechnet wird. Wie in der Bodeninitiative ersichtlich, möchte die Partei, dass die Gemeinde ihr Land im Baurecht abgibt oder für einen gleichwertigen Ersatz sorgt. Die SP unterstützt den Vorschlag, das Geschäft in die BPK zu überweisen und lehnt die Investitionsausgabe zurzeit ab.

Andrea Alt, CVP spricht dem Gemeinderat und der Verwaltung ihren Dank aus für das Geschäft. Es wurde bereits einiges an Vorarbeit geleistet mit der Machbarkeitsstudie und dem Verkehrsgutachten. Die CVP kann sich einen Werkhof an der vorgeschlagenen Lage mit all den Vorteilen, die dies mit sich bringt, vorstellen. Zudem begrüsst sie die Herangehensweise mit einem Vorprojekt Plus zur genaueren Eruiierung der Kosten für den Werkhofneubau. Allerdings stellen sich der Fraktion in einigen wesentlichen Punkten noch Fragen. Eine davon ist sicherlich die Finanzierung durch Abstossen der heutigen Parzelle Werkhof an der Parkstrasse mit dem Verweis auf die Arealentwicklung Spiesshöfli. Zudem ist die CVP

kritisch, was eine allfällige Verlegung der Bauverwaltung an den Standort mit sich bringt. Es ist auch zu erwähnen, dass es immer noch keine ÖV-Verbindung zum Friedhof und zur Kirche gibt, wie sie die Fraktion gemeinsam mit anderen Parteien bereits mehrfach gefordert hat. In diesem Zusammenhang möchte sie auf die Abfallentsorgung verweisen, die am neuen Standort sicherlich für viele Binningerinnen und Binninger eine Herausforderung darstellen wird. All diese Überlegungen, die im Rat von allen Fraktionen angedacht wurden, möchte die CVP gerne von der BPK diskutiert und abgeklärt haben. Daher spricht sie sich ebenfalls für eine Überweisung des Geschäfts aus und lehnt den Kredit zum jetzigen Zeitpunkt ab.

Urs Brunner, SVP signalisiert, seine Fraktion habe die Studie zur Kenntnis genommen. Es sind aber noch viele Fragen offen. Der Votant erwähnt nur die Finanzierung und die Standortfrage. Die SVP ist für eine Überweisung des Geschäfts in die BPK und lehnt den Kredit zum jetzigen Zeitpunkt ab.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP äussert, es sei wahrscheinlich unbestritten, dass der Werkhof heute in einem eher schlechten Zustand ist. Er ist betrieblich so, dass man viele Leerläufe hat und die Abläufe relativ kompliziert und schwerfällig sind. Unter anderem auch deshalb macht es Sinn, wenn man einen neuen Werkhof macht, diesen auch gleich betrieblich neu zu planen. Der Standort im Wohngebiet ist nicht ideal. Auch der neue Standort ist nicht ideal, hier stimmt sie den Ratsmitgliedern zu. Aber falls das Geschäft in die BPK überwiesen wird, wird diese merken, dass es keinen idealeren Standort gibt. Wenn man andere Standorte z.B. Holzmatt ins Gespräch bringt, dann ist man noch viel peripherer unterwegs als jetzt beim Friedhof. Die fehlende ÖV-Erschliessung von dieser Seite Binningens ist in der Tat ein Problem, aber sie ist nicht ein Problem im Zusammenhang mit dem Werkhof. Der Werkhof hat wenig Publikumsverkehr. Die Personen, die dort Sachen entsorgen, kommen in der Regel mit dem Auto. Steingut oder andere Sachen, die man im Werkhof entsorgt, bringt man nicht zu Fuss mit dem Rucksack sondern tendenziell mit dem Auto, Fahrradanhänger oder E-Bike.

Die angesprochene Verlegung der Bauverwaltung an diesen Standort hat man der Vollständigkeit halber geprüft in dieser Machbarkeit, aber es ist aus verschiedenen Gründen keine wahnsinnig gute Idee. Es wurde erwähnt, dass man die Verwaltung zentral haben muss und dass sie gut zugänglich sein sollte. Der Standort Verwaltung beim Werkhof resp. Friedhof oben wird man selbstverständlich nicht weiterverfolgen. Das Thema Friedhof und Kirche wurde erwähnt. Es hat bereits ein Gespräch mit der Kirche stattgefunden. Man hat ihr die Machbarkeitsstudie vorgestellt. Vielleicht haben es die Ratsmitglieder gesehen, das Ganze ist so angelegt, dass es gegen die Kirche und den Friedhof eine Art Wand hat. Die Arbeit des Werkhofs findet im Innenhof statt. Es ist wie eine Lärmschutzwand, die gegen den Friedhof und die Kirche fungiert. Im Übrigen ist es so, dass beim Werkhof am Morgen Betrieb ist, wenn die Mitarbeitenden zur Arbeit kommen und mit den Fahrzeugen losfahren. Den Tag hindurch ist sonst kein Kommen und Gehen, wie man sich das vielleicht vorstellen würde. Es ist in diesem Sinn kein lauter Betrieb. Aber die Kirche wurde miteinbezogen, es wurde mit ihr besprochen. Sie sehen kein Problem. Es ist auch selbstverständlich, dass man dies im weiteren Projekt, wenn man dann so weit ist, mit ihnen anschauen und ihre Anregungen aufnehmen wird.

Bereits ganz zu Beginn bei der Motion zu den Abfallgebühren hat die Rednerin festgehalten, dass die Finanzierung des Projekts heute nicht zur Diskussion stehe. Es geht nur um die Frage eines Planungskredits. Wie die Finanzierung stattfinden wird, kommt in einem separaten Geschäft, wenn man die Planung vorantreiben konnte. In welcher Form der Erlös der Werkhofparzelle anfällt, ist noch offen. Das wird in einem separaten Geschäft folgen. Heute geht es nur um den Planungskredit. Den Wunsch des Parlaments, das Geschäft in die BPK zu überweisen, kann die zuständige Gemeinderätin in einer gewissen Weise nachvollziehen. Sie weist einfach darauf hin, dass es einen gewissen zeitlichen Druck gibt. Es ist nicht auszuschliessen, dass die beiden anderen Grundeigentümer, Albert Lück-Stiftung und BLT, wenn die Gemeinde zu viel Zeit verliert, irgendwann sagen: «Das wird schwierig mit der Arealentwicklung Spiesshöfli. Uns geht es zu lange, wir möchten mit der Planung vorwärts machen.» und dass sie sich dann vielleicht anders orientieren. Wenn die Anwesenden das Geschäft unbedingt in die BPK überweisen möchten, dann sollen sie dies tun. Die Rednerin gibt einfach mit auf den Weg, vorwärts zu machen.

Der Gemeinderat steht gerne zur Verfügung und beantwortet alle Fragen. Sie ist überzeugt, dass gute Vorarbeit geleistet wurde und man zusammen auch noch die offenen Fragen klären kann. Sie bittet die Anwesenden daran zu denken, dass es einen gewissen zeitlichen Druck gibt, da es mit der ganzen Arealentwicklung zusammenhängt. Die Arealentwicklung hängt mit dem Doppelspurausbau zusammen. Dieser ist aufgegleist und auf der Zeitschiene soweit bereit.

Marc Schinzel, FDP ist selbst BPK-Mitglied und unterstützt den Antrag auf Überweisung in die BPK natürlich voll. Er möchte das Geschäft in der BPK nochmals von Grund auf prüfen. Es wurde verschiedentlich gesagt. Man muss sich die entscheidenden Fragen stellen: Wie weit ist das insgesamt nötig? Der Redner ist ganz dezidiert der Meinung, dass die Kommission ganz vorne beginnen muss. Angesichts der Ausgaben, die in der Schulraumplanung noch kommen werden, muss man schauen, wo man Prioritäten setzt. Es muss sehr viel Geld in die Hand genommen werden für Projekte in Binningen. Die Grundsatzfrage muss gestellt werden. Gerade beim Projekt Werkhof muss man von Anfang an beginnen. Dies ist dem Votanten sehr wichtig. Er muss der zuständigen Gemeinderätin ein Stück weit entgegenhalten, dass der Sachzwang für ihn hier so nicht ganz akzeptabel ist. Der Rat muss das Geschäft wirklich à fonds anschauen und darf sich nicht zu sehr von diesem Sachzwang beeinflussen lassen. Es gilt eine Gesamtentwicklung im Auge zu behalten mit den grossen Investitionen, die geplant sind. Die Frage der Priorisierung ist ganz wichtig.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP kann persönlich sehr gut verstehen, dass der Rat das Geschäft gerne durch die BPK prüfen lassen möchte. Er verspricht sich auch eine gemeinsame Sicherheit, die als Ergebnis anschliessend in einem Bericht vorliegen kann. Es ist ihm aber ein grosses Anliegen, dass man die Hebelwirkung dieses Vorhabens erkennt. Der Standort Werkhof spielt eine massgebende Rolle bei der Chance, ein Grossareal wie das Spiesshöfli miteinander entwickeln zu können. Daher drängt es sich auf, dass man die Prioritäten setzt. Der Redner weiss, dass man sich miteinander über die Investitionen Gedanken machen muss. Im vorliegenden Fall ist aber der Mehrwert, der generiert wird, um ein x-faches grösser. Wenn man darüber redet, wie man Binningen als Gemeinde entwickeln und den verschiedenen Bedürfnissen entgegen kommen kann, muss man schauen, dass das Projekt Spiesshöfli vorangetrieben werden kann. Die Verlegung des Werkhofs ist dann nicht mehr die Hexerei, auch finanziell nicht. Ob es zum Schluss einen Verkauf braucht oder ob man das Areal im Baurecht nutzt, kann an einem anderen Ort diskutiert werden. Die Finanzierung bereitet an diesem Punkt wenige Bauchschmerzen. Es ist eines der kleineren Vorhaben, die die Gemeinde in die Finger nimmt, im Vergleich zu grossen Schulhäusern. Es gibt vor allem auch die Möglichkeit, mit dem Thema Werkhof einen grossen Schritt weiterzukommen. Einige Anwesenden mögen sich erinnern, vor 6 oder 7 Jahren wollte man den Schritt schon einmal machen. Es gab eine Volksabstimmung für einen neuen Standort gemeinsam mit Bottmingen. Schon damals legte man die Karte von ganz Binningen aus. Man sah bereits dort, dass man sich in einer nicht ganz einfachen Lage befindet, weil der Gemeinde Gewerbe- oder Industrieareal fehlt, auf welchem man telquel einen Werkhof platzieren könnte. Die Möglichkeit, die man oben bei der Kirche hat, dass man den heutigen Gärtnerei-Standort erweitert und ihn mit einem Werkhof kombiniert, ist eine einmalige Chance.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP erklärt, Mike Keller habe bereits einiges gesagt. Es ist wirklich eine einmalige Chance, die sich hier ergibt. Man muss unglaublich aufpassen, dass man sich diese Chance nicht vergibt. Es gibt in Binningen kein gleiches Areal, bei welchem man solche Möglichkeiten hat. Man hat es geschafft, dass man mit Partnern zusammenarbeiten kann, mit denen man auf der gleichen Ebene reden, diskutieren und die Wünsche der Gemeinde einbringen kann. Wenn man diese vergrämt oder sie finden, die Gemeinde sei kein zuverlässiger Partner mehr, da es zu lange dauert und zu kompliziert wird und sie sich entscheiden alleine vorwärts zu machen, dann kann die Gemeinde ihre Mitsprache, die bis jetzt aufgegleist wurde, und all die geäusserten Wünsche vergessen. Es gibt dann noch einen Teil, das Areal des Werkhofs, und damit kann man dann planen. Es wäre schade, wenn man nun nur aufgrund eines Investitionskredits von 230 000 Franken ein derart wichtiges Projekt in den Sand setzen würde. Sie sagt es extra so dramatisch, da sie es dramatisch findet. Wenn man diese Chance nicht nutzt,

kann man dies später nicht mehr ändern. Es wäre unglaublich schade für Binningen, für die Entwicklung Binnings, für die Einwohner und für alle Anwesenden, die das Beste für Binningen möchten.

Philippe Spitz, SP hat grosses Verständnis für die Voten des Gemeindepräsidenten Mike Keller und der Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti. Er findet dies alles auch, möchte aber zu bedenken geben, dass der eine Partner die BLT und der Kanton ist und dass man von ihnen eine gewisse Bundestreue erwarten kann. Sie sollen bitte gefälligst Verständnis haben für die Prozesse, dass der Rat dies in der BPK anschauen möchte und es eine gewisse Verzögerung gibt. Bei der Albert Lück-Stiftung ist es so, dass auf Seiten der anderen beiden, also BLT/Kanton und Gemeinde, bereits Verständnis da ist, dass diese möglicherweise die eine Parzelle gar nicht abreissen kann. Der Votant möchte seinen Vorrednern nicht widersprechen sondern mitgeben, dass der eine Partner bereits Verständnis braucht und die BLT soll gefälligst Verständnis haben. Binningen hat auch Verständnis für die anderen Partner.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: Kenntnisnahme.

Überweisung in BPK: Einstimmig JA (Abstimmung 12)

BESCHLUSS

://: 1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von der Machbarkeitsstudie «Neubau Werkhof Binningen» vom Dezember 2018.

://: 2. Das Geschäft wird in die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Traktandum 5

Nr. 141

Vertrag zur Versorgungsregion Allschwil, Binningen und Schönenbuch

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Stephan Appenzeller, SP erläutert, der Vertrag zur Versorgungsregion sei ein wichtiges Geschäft. Es geht eigentlich nicht nur um den Vertrag im engeren Sinn sondern es geht um die Umsetzung des neuen, kantonalen Alters- und Pflegegesetzes in der Gemeinde. Das kantonale Gesetz beinhaltet einen grossen Systemwechsel mit grosser Tragweite. Für die ganzen Akteure in der Alterspflege bringt das Gesetz neue Aufgaben, Verantwortungen und Kompetenzen. Es gibt neue Rollenverteilungen. Vor diesem Hintergrund erachtet die SP die Vorlage als etwas knapp gehalten. Es gab zwar eine Informationsveranstaltung Ende März, die inhaltlich sehr gehaltvoll war. Leider konnte nur ein Drittel der Einwohnerratsmitglieder daran teilnehmen. Es ist schade, dass dem Einwohnerrat die sehr informativen, umfassenden Unterlagen des Anlasses anschliessend nicht zugestellt wurden. Er findet es schade, weil dort natürlich auch der gesamte Zusammenhang – Was bringt das neue Gesetz? Was bringt es für Veränderungen? – umfassender dargelegt wurde als in der jetzigen Vorlage.

Im Nachgang merkte man in Gesprächen mit Ratsmitgliedern, die teilgenommen haben, aber auch mit anderen Personen aus diesem Business, dass noch viele Fragen offen sind resp. dass es grossen Diskussionsbedarf gibt. Warum macht man z.B. nur eine Versorgungsregion mit Allschwil und Schönenbuch? Weshalb geht man nicht einen Schritt weiter und bezieht das ganze Leimental ein im Sinn von Leimental

Plus, wo Binningen ja dabei ist? Man hätte sich vorgestellt, dass die verschiedenen möglichen Organisationsformen einer Fachstelle detaillierter dargelegt werden. Das Gesetz schreibt ja nicht nur eine mögliche Form vor. Wie geht man mit dem Risiko um, dass mit dem neuen Gesetz in Binningen der Trend zur Zweiklassengesellschaft in der Alterspflege verstärkt wird, dass man bei der Zuweisung von Pflegeplätzen in Zukunft zu sehr nur auf finanzielle Aspekte achtet, also dass es eine stärkere Trennung gibt zwischen Personen mit EL und ohne EL. Es gab auch Fragen zur Governance. Ist eine derart kleine Delegiertenversammlung mit gerade einmal dreimal zwei Mitgliedern das geeignete Steuerungsgremium? Was sind die Kompetenzen? Was für Personen müssen es sein? Diese Fragen werden zu wenig beantwortet. Und warum wurden die Leistungserbringer in der Alterspflege nicht bereits in der jetzigen Phase intensiver angehört, um auch das künftige Rollenmodell zusammen mit der Gemeinde zu erarbeiten?

Das sind viele offene Fragen. Es kommen sicher noch weitere dazu. Daher beantragt die SP die Überweisung in eine Spezialkommission. Die Fraktion erachtet eine 7er Spezko als sinnvoll. Dies ermöglicht, dass alle Fraktionen dabei sein können und ist dennoch kein allzu grosses Gremium. Die SP ist der Meinung, dass diese Spezko die Materie, entgegen dem Wunsch des Gemeinderats, in einer ersten Phase wirklich aus Binner Sicht behandeln soll. Es soll demnach eine Spezko gemäss § 38 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats sein. Aber selbstverständlich soll sie die Freiheit haben, sich in ihrer Arbeit mit der Kommission des Allschwiler Einwohnerrats abzustimmen und dann zu entscheiden, ob sie zuerst mit einem Zwischenbericht an dieses Gremium kommen oder direkt mit Allschwil eng weiterarbeiten will. Diese Freiheit soll die Spezko haben.

Karl J. Heim, CVP erläutert, die CVP halte den Zusammenschluss dieser drei Gemeinden in der Altersversorgung generell für eine gute Sache. Erstens wurde und wird innerhalb der Gemeinden bereits jahrelang an dieser Geschichte gearbeitet. Zweitens macht die Absicht einer dreier Versorgungsregion nicht zuletzt auch unter dem Aspekt der Kostenoptimierung durchaus Sinn. Denn klar ist, dass die Nachfrage nach derartigen Dienstleistungen in der Altersversorgung schon alleine aus demographischen Gründen in den nächsten Jahren klar zunehmen wird. Allerdings ist nur schon aufgrund der grossen Einwohnerzahl Allschwils absehbar, dass wahrscheinlich ein gewisser Führungsanspruch von Allschwil vorhanden sein wird. Eine durchaus taugliche Diskussionsgrundlage, mit Betonung auf Diskussion, ist der mitgelieferte Vertragsentwurf. Die CVP beantragt ebenfalls, dass der Entwurf zunächst Binningen intern in eine 7er Spezko überwiesen wird, damit man dort zugunsten von Binningen für gleichlange Spiesse sorgen kann. Danach wäre das Papier vor einer definitiven Unterzeichnung in einem relevanten Gremium aller drei beteiligten Gemeinden zu diskutieren. Wichtig wäre auch zu sehen, wie ein mögliches Betriebskonzept aussehen würde. Dies ist ja die Umsetzung dessen, was im Vertragsentwurf steht, der wie eine Strategie anzuschauen ist. Z.B. Fragen wie: Was ist mit der Koordination zwischen der Amtsstelle Allschwils und der Binningens? Dem Votanten sei nicht zuletzt die Bemerkung erlaubt, dass der Begleitbericht des Gemeinderats, der zwar gut ist, noch einzelne Fehler aufweist. Man kann sich z.B. fragen, ob eine Amtsstelle bereits eine Rechtsform darstellt. Seiner Meinung nach nicht.

Beatrix Bürgin, SVP teilt mit, auch bei der SVP seien noch einige Fragen offen, die sie in eine 5er Kommission überweisen möchte. Der Fraktion geht es ebenfalls um § 15 bzgl. der Fachstelle, wo die Büroräumlichkeiten in der Leitgemeinde gemietet werden. Heisst das, wenn die Leitgemeinde Allschwil wäre, dass die Personen, die eine Beratung wünschen, nach Allschwil fahren müssten oder gibt es da eine Möglichkeit, in Binningen z.B. eine Art Sprechstunde auf der Gemeinde anzubieten? Die SVP wünscht sich eine bürgernahe Gestaltung. Zudem ist das Preisschild für die Fraktion unklar definiert. Sie möchte hier mehr Transparenz. Weiter fehlt der SVP ein konkretes Betriebskonzept. Um dies alles vertieft zu klären, möchte die Fraktion den Vertragsentwurf in eine 5er Kommission überweisen, in welcher sie auch Vertreter von Allschwil und Schönenbuch dabei haben möchte.

Sven Inäbni, FDP bedankt sich zuallererst beim Gemeinderat und der zuständigen Gemeinderätin für den Vertragsentwurf. Es ist klar, man muss vorwärts machen. Das APG ist in Kraft getreten und es ist nun die Sache der Regionen, hier vorwärts zu machen. Binningen ist grundsätzlich gut unterwegs. Die

Gespräche wurden schon lange vorgespurt. Die Grösse der Region mit 38 000 Einwohnern ist auch sinnvoll. Das stellt sich der Kanton in etwa vor. Daher denkt die Fraktion, dass die Voraussetzungen sehr gut sind. Trotzdem gibt es noch etliche Punkte. Das APG und das sagt er v.a. zuhänden seiner bürgerlichen Kollegen hier, ist alles andere als ein liberales Gesetz. Man kann es sehr ausreizen und dann wird es wirklich teuer. Für Binningen ist es daher essentiell, dass man als grosse Gemeinde in dieser Versorgungsregion nochmals drauf schaut, wie das Alters- und Pflegegesetz nun im Rahmen der Versorgungsregion umgesetzt werden soll. Dafür ist die Vorlage, so wie sie jetzt daher kommt, einfach etwas zu knapp. Auch die FDP findet, da müsste man auf alle Fälle ganz viele Punkte noch einmal anschauen.

Die Fraktion schätzt es, dass man sich im Bericht des Gemeinderats bereits Überlegungen zu Corporate Governance gemacht hat und dort eine klare Trennung zwischen Leistungserbringern und strategischen Gremien wie den Räten und nachher dem Leitungsausschuss für die Versorgungsregion hat. Dies ist ein wichtiger Punkt. Auf der anderen Seite besteht bei der FDP eine gewisse Skepsis bzgl. des Stimmenverhältnisses. Es ist etwas krass gesagt, aber wer bezahlt, befiehlt. Die Fraktion hat das Gefühl, dass man die Interessen Binningens vielleicht anteilmässig wahren will. Er greift hier einer Spezko nicht vor, aber das sind Punkte, die die FDP sicher anschauen möchte. Dies führt ebenfalls zur Haltung, dass man das Geschäft in eine Spezialkommission geben möchte. Die FDP ist lediglich für eine 5er Spezko. Wieso? In einer ersten Phase wird das Geschäft aus der Gemeindeoptik angeschaut, aber danach hoffentlich in einer relativ schnellen zweiten Phase in Koordination mit den anderen Gemeinden. Es steht ja eigentlich nicht zur Diskussion, dass man dieses Konzept noch ändert. Daher werden noch zwei weitere Gemeinden mitreden. Da braucht es keine Riesengremien, sondern Gremien, die sich mit der Materie gut befassen. Eine kleine 5er Kommission ist einfacher zu koordinieren. Sie wird sowieso grösser, wenn man mit den anderen Gemeinden tagt. Daher wird die FDP den Antrag unterstützen, das Geschäft in eine 5er Spezialkommission zu überweisen.

Rahel Bänziger, Grüne äussert, das APG gebe schon relativ viel vor. Man muss Verträge machen und die Regionen sollen sich zusammenschliessen. Einer der Hauptgründe war, dass die Information der Bevölkerung verbessert werden soll. Das APG hatte aber auch ganz gross im Sinn, die Kosten senken zu können. Es ist sehr wichtig, dass man die Beratungsstelle inkl. der Bedarfsabklärung hat und dass diese eingesetzt wird. Auch den Zusammenschluss der Regionen zu Versorgungsregionen erachten die Grünen als sehr wichtig. Die Fraktion würde eine kleine Kommission begrüssen. Es wurde mehrfach eine 5er Kommission erwähnt. Das würde aber bedeuten, dass nicht alle Fraktionen dabei wären. In einer 7er Spezko wären alle vertreten. Daher wäre der pragmatische Vorschlag – wenn man es klein halten möchte –, bei einer 5er Kommission jeweils einer Vertretung pro Fraktion zu schicken. Das würde schlussendlich die Akzeptanz des Beratenen erhöhen. Falls der pragmatische Weg nicht eingeschlagen wird, würden die Grünen eine 7er Kommission vorschlagen, damit zumindest alle Fraktionen des Einwohnerrats dabei sind. Die Fraktion möchte der Spezko auf den Weg geben, sich frühzeitig mit einer entsprechenden Kommission von Allschwil auszutauschen. So wie dies auch bei anderen partnerschaftlichen Geschäften auf Kantonsebene üblich ist. Sie möchte einfach nicht, dass am Ende jeder sein eigenes Süppchen kocht. Das war nämlich nicht die Idee des APG. Die Grünen stimmen einer Überweisung in eine 7er Spezko zu oder wenn der pragmatische Weg möglich wäre, dass man eine Vertretung pro Fraktion entsendet. Es ist der Fraktion sehr wichtig, dass alle vertreten sind.

Gemeinderätin Barbara Jost, SP begrüsst es, den Vertrag zur Versorgungsregion mit den Ratsmitgliedern in einer Spezialkommission anzuschauen und vertiefter zu erklären. Es ist tatsächlich so, dass es für die Fachstelle bereits ein Betriebskonzept gibt. Der Gemeinderat hat dieses verabschiedet. Die Votantin kann es in der Kommission sehr gerne offenlegen und mit den Kommissionsmitgliedern anschauen. Sie begrüsst auch, dass man zuerst die spezifischen Binnerer Fragen klärt. Das Stimmenverhältnis in der Delegiertenversammlung und wie man dies machen möchte, gab natürlich bereits im Vorfeld sehr viel zu diskutieren. Fast jede Variante von Stimmenverhältnissen wurde diskutiert, die es bereits in irgendeiner Kommission oder Delegiertenversammlung von bereits bestehenden Zusammenarbeiten gibt und sich für diese Variante entschieden. Das kann man in der Kommission aber gerne nochmals zusammen

anschauen. Die Rednerin kann dann sicherlich auch nochmal aufzeigen, weshalb es gerade die drei Gemeinden sind, die zusammenarbeiten. Es gibt bereits eine erfolgreiche Zusammenarbeit bei der Spitex und es ist eine geeignete Grösse. Wenn man eine Versorgungsregion Allschwil, Binningen, Schönenbuch bildet, heisst das nicht, dass man sich dem hinteren Leimental, welches auch sehr gut auf dem Weg ist mit der Bildung einer Versorgungsregion, verschliesst und es nicht ein langfristiges Ziel sein könnte, im gesamten Leimental noch näher zusammenzuarbeiten. Die Gemeinderätin hat gehört, dass die Bereitschaft vorhanden ist, zuerst für Binningen zu schauen, aber dann aufzutun und eine Kommission zu bilden, in welcher alle drei Gemeinden vertreten sind. Das begrüsst sie sehr. Es ist fast unabdingbar, damit nachher für alle drei Gemeinden der gleiche Vertragsentwurf vorliegen kann über den dann bestimmt werden kann.

Für *Karl J. Heim, CVP* sind die Anträge von verschiedenen Seiten, man solle nur eine 5er Spezko bilden, nicht ganz einsehbar. Wieso sollen die Grüne-Fraktion und die CVP ausgeschlossen werden? Es ist nur bei einer 7er Kommission möglich, dass alle vertreten sind. Er möchte festhalten, dass es zu einer konstruktiven Lösungsfindung beiträgt, wenn alle Fraktionen vertreten sind. Sonst hat man: Mitmachen gemäss Ausschlussverfahren. In der Spezko Personalreglement wurde ebenfalls effizient gearbeitet und es waren 7 Mitglieder. Er spricht sich klar für den Antrag auf Überweisung in eine 7er Spezko aus.

Urs Brunner, SVP schlägt namens der SVP eine 5er Kommission vor, bei welcher jede Fraktion eine Vertretung schickt. Dann ist jede Fraktion vertreten.

Pascal Treuthardt, FDP bittet um eine kurze Unterbrechung. Die FDP ist sich nicht ganz einig, ob sie auf einer 5er Kommission beharren oder sich doch zu einer 7er Spezko breit schlagen lassen möchte.

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP möchte vor der Unterbrechung noch auf das Traktandum 7 «Erweiterung Trägerschaft Gartenbad beim Schloss Bottmingen» zu sprechen kommen. Der Gemeinderat hat darauf hingewiesen, dass das Geschäft unbedingt vor den Sommerferien behandelt werden muss. Wenn der Einwohnerrat bis zu diesem Zeitpunkt keinen Beschluss fasst, wird die Trägerschaft nicht zu Stande kommen. Er stellt daher den Ordnungsantrag, dieses Traktandum nach dem Geschäft «Vertrag zur Versorgungsregion Allschwil, Binningen und Schönenbuch» zu behandeln, auch wenn es bereits nach 22 Uhr ist.

ABSTIMMUNG

Ordnungsantrag: Beratung des Geschäfts Nr. 142 auch nach 22 Uhr: Einstimmig JA (Abstimmung 13)

://: Das Geschäft «Erweiterung Trägerschaft Gartenbad beim Schloss Bottmingen» wird heute Abend behandelt, auch wenn es bereits nach 22 Uhr ist.

[PAUSE]

Präsident Thomas Hafner, CVP äussert, es liegen verschiedene Varianten betreffend Zusammensetzung der Spezko vor. Es fielen die Vorschläge 7er Spezko, 5er Spezko nach Wahlproporz und 5er Spezko mit einer Vertretung pro Fraktion.

Pascal Treuthardt, FDP führt aus, die FDP sei der Meinung, eine 5er Kommission mit dem normalen Proporz (2 FDP, 2 SP und 1 SVP) sei nach wie vor die effizienteste Variante. In diesem Fall liegt das Präsidium bei der SP. Die FDP ist sicher, dass die SP jemand Gutes bringen wird, um die wichtige Kommission zu präsidieren. Eine 7er Kommission wäre für die FDP auch denkbar. Da das Präsidium in diesem Fall bei der CVP liegt, möchte die Fraktion gerne wissen, wer das Präsidium übernehmen soll. Es ist eine wichtige Aufgabe, daher möchte man jemanden haben, hinter dem man stehen kann. Wenn die CVP das nicht im Vorfeld garantieren kann, fährt die Fraktion seiner Meinung nach mit dem Präsidium der SP besser.

Gaida Löhr, SP ist sich so viele Komplimente nicht gewohnt. Trotzdem ist die SP ganz klar für eine 7er Kommission. Es ist für sie demokratisch die richtige Lösung, dass alle Fraktionen bei einem derart wichtigen Geschäft vertreten sind. Sie stimmt der FDP dahingehend zu, dass eine 5er Kommission eigentlich mit dem Verteilschlüssel 2:2:1 definiert ist. Ein Abweichen fände sie hier etwas seltsam. Der Einwohner-rat hat dies einmal definiert und dann ist es so. Bei der 7er Kommission hingegen ist klar, dass alle dabei sind. Die Frage, wer das Präsidium übernimmt und wer Mitglied in der Kommission ist, ist neu und ei-gentlich unüblich. Die Votantin findet es fast etwas unanständig zu sagen: «Wir machen es so oder so, aber eigentlich wollen wir entscheiden wer von euch kommt.». Wen schickt die FDP? Wird sie dies auch vorher kommunizieren, damit die anderen Fraktionen entscheiden können, ob sie diese Person möch-ten oder nicht? Das geht aus ihrer Sicht nicht, sondern ist Sache der Fraktion. Die Rednerin beantragt eine 7er Kommission.

Karl J. Heim, CVP entgegnet an die Adresse von Pascal Treuthardt gerichtet, es werde bei der Reduktion der Kommissionsgrösse von 7 auf 5 Mitglieder von Effizienzgewinn gesprochen. Die ganz junge Spezial-kommission «Immobilien-Strategie», in welcher er auch Mitglied ist, hat 9 Mitglieder. Ist diese demnach nicht effizient? Der Votant findet, hier müsse man aufhören. Eine 7er Spezko ist seiner Meinung nach genau das Gremium, welches es hier braucht.

Rahel Bänziger, Grüne stellt namens ihrer Fraktion den Antrag, eine 5er Kommission mit je einer Vertre-tung pro Fraktion einzusetzen. Dann wären alle dabei, die Kommission wäre klein und man könnte eine breit abgestützte Lösung finden.

Roman Oberli, SVP hat den Eindruck, es sei der Abend der unorthodoxen Vorstösse. Da bereits unortho-dox verhandelt wird, stellt er folgende Frage: Könnten sich die Parteien vorstellen, einen Wechsel bei den Präsidien vorzunehmen? Der Redner schlägt vor, bei einer 7er Spezko das Präsidium der FDP zu überlassen.

Philippe Spitz, SP würde beliebt machen, nun nicht vorschnell zu viel Geschirr zu zerschlagen und die Institution Einwohnerrat und Spezialkommission zu beschädigen. Bei solch einer wichtigen Sache sollte jede Fraktion vertreten sein. Hierzu hatte man bisher nur eine 7er Kommission. Es wurde immer so ge-lebt, dass die Fraktionen bestimmen, wer gesendet wird. Dies hat auch den Hintergrund, dass es nicht immer allen Personen möglich ist. Man hat ein Milizprinzip und muss schauen, wer gehen kann. Dass man nun diese Spielregeln einfach kurzfristig ändert, wenn es einem gerade passt, findet er viel zu we-nig begründet. Man muss den Institutionen Sorge tragen. Es kann sein, dass der Rat in einem oder in zwei Jahren anders bestückt ist. Dann kann es durchaus auch anders herauskommen. Er ist der Ansicht, man müsse schauen, dass man die Sitten so behalte, wie man sie bisher hatte.

ABSTIMMUNG

Der Präsident kommt zur Abstimmung. Er möchte als erstes die 5er Spezko nach Wahlproporz gegen die 5er Spezko mit einer Vertretung pro Fraktion ausmehren. Anschliessend wird die obsiegende Variante dem Vorschlag einer 7er Spezko gegenübergestellt.

Peter Heiz, FDP möchte wissen, ob eine 5er Spezko mit je einem Vertreter pro Fraktion überhaupt ge-stattet ist. Er ist bereits seit einigen Jahren Einwohnerrat und hat dies noch nie erlebt.

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP erklärt, dies bestimme der Einwohnerrat.

Ausmehren: 5er Spezko vs. 5er Spezko mit einer Vertretung pro Fraktion (Abstimmung 14)

5er Spezko nach Wahlproporz: 21 JA

5er Spezko mit einer Vertretung pro Fraktion: 17 JA

Keine Enthaltung.

Ausmehren: 5er Spezko vs. 7er Spezko (Abstimmung 15)

5er Spezko: 20 JA

7er Spezko: 19 JA

Keine Enthaltung.

Der Präsident teilt mit, damit werde das Geschäft in eine 5er Spezko überwiesen. Das Präsidium liegt bei der SP, das Vizepräsidium bei der SVP. Er bittet die Fraktionspräsidien, ihm nach der Sitzung ihre Mitglieder für die Spezko bekannt zu geben.

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird in eine 5er Spezialkommission überwiesen.

Traktandum 7

Nr. 142

Erweiterung Trägerschaft Gartenbad beim Schloss Bottmingen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Es gibt keine Wortmeldungen. Der Präsident schreitet direkt zur Abstimmung.

ABSTIMMUNG

Einstimmig JA (Abstimmung 16)

BESCHLUSS

://: Der Erweiterung der Trägerschaft des Gartenbads beim Schloss Bottmingen um die Gemeinden Therwil und Biel-Benken sowie der damit verbundenen Erneuerung des Anstaltsstatuts per 1.1.2020 wird zugestimmt.

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP führt aus, der Gemeinderat beantrage, das Geschäft Nr. 95 «Schulraumplanung: Planungskredit Erweiterung Schulcampus Dorf» noch heute Abend zu behandeln.

ABSTIMMUNG

Ordnungsantrag: Beratung des Geschäfts Nr. 95: 21 JA, 16 NEIN, 1 Enthaltung (Abstimmung 17)

://: Das Geschäft «Schulraumplanung: Planungskredit Erweiterung Schulcampus Dorf» wird noch behandelt.

Roman Oberli, SVP möchte an dieser Stelle seinen Unmut zum Ausdruck bringen, dass zum dritten Mal in Folge Anträge gestellt werden, dass Sitzungen länger dauern als sie eigentlich sollten. Er möchte dem Gemeinderat beliebt machen, solche Übungen in Zukunft zu unterlassen.

Schulraumplanung: Planungskredit Erweiterung Schulcampus Dorf, Bericht der BPK

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

BPK-Präsident Daniel Zimmermann, FDP erläutert, mit dem vorliegenden Bericht lege die BPK dem Rat das bedeutungsvolle Geschäft in allen Details dar. Der Präsident verzichtet darauf, alles nochmals im Detail vorzustellen, denn der Bericht gibt eine klare Sachlage über die wesentlichen Fragestellungen in der Kommissionsberatung. Für Binningen ist die Vorlage in der zukünftigen Entwicklung von grosser Bedeutung. Mit dem Planungskredit wird ein grosses Investitionsvolumen gestartet. In der Diskussion zeichnete sich schnell ab, dass die baulichen Aspekte bei diesem Planungskredit nicht im Vordergrund standen, sondern es ging im Wesentlichen um den Bedarfsnachweis für den verlangten Schulraum. An der letzten Einwohnerratssitzung nahm das Parlament diesen Bedarfsnachweis zur Kenntnis. Der bestellte Schulraum mit der notwendigen Infrastruktur für einen modernen Schulunterricht wird benötigt. Damit die Planungsabsicht auf dem Stand eines Wettbewerbsprojekts weiterbearbeitet werden kann, braucht der Gemeinderat einen Planungskredit und die Zeit drängt. Viele bauliche Fragen können erst beantwortet werden, wenn ein konkretes Vorprojekt vorliegt. Der Detaillierungsgrad Plus gibt zusätzlich klare Antworten auf die enorm wichtige Kostenfrage. Die BPK kommt zum Schluss, dass der Gemeinderat das richtige Vorgehen gewählt hat.

Das Wettbewerbsprojekt wurde im November 2017 vorgestellt und konnte von der Bevölkerung angeschaut werden. Das ausgewählte Projekt wurde in allen beteiligten Fachgremien gut beurteilt. Der Weiterbearbeitung steht nichts im Weg. In der Kommissionsberatung hat sich zu Recht die Frage gestellt, ob man einen solch grossen Planungskredit zuerst vom Volk bewilligen lassen soll. Die BPK hat dies eingehend diskutiert und kommt mehrheitlich zum Schluss, dass eine derartige Abstimmung zum jetzigen Zeitpunkt nicht viel bringe, denn in einer solchen Abstimmungsvorlage kann man nichts Inhaltliches darlegen, ausser nochmals den gewonnenen Wettbewerb zu erklären. Die Kosten für die Realisierung sind sehr ungenau und geben kein Bild über das definitive Bauprojekt. Daher macht eine Volksabstimmung keinen Sinn. Mit dem Antrag 5.2. der BPK, der zugegebenermassen etwas speziell formuliert ist, soll die erwähnte Überlegung zum Ausdruck kommen.

Brigitte Strondl, SP legt dar, statt mit einem klassischen Vorprojekt mit einer Kostengenauigkeit von +/- 15 Prozent möchte der Gemeinderat mit der Erarbeitung eines Vorprojekts Plus eine Kostengenauigkeit bei diesem Baukredit von +/- 10 Prozent erreichen. Gemäss Angaben im Siegerprojekt wird von einem grob geschätzten Bauvolumen von 42 Mio. Franken ausgegangen. Die Ungenauigkeit kann bei einem solchen Betrag gemäss SIA bei +/- 25 Prozent liegen. Das Bauvolumen kann also zwischen 32 und 52 Mio. Franken kosten. Die SP erachtet es daher als sinnvoll, dass für die Projektkosten eine obere Grenze von 38 Mio. Franken definiert und die Kostenabweichungen begründet werden müssen. Sie stimmt dem Planungskredit für ein Vorprojekt Plus zu, damit eine grössere Kostengenauigkeit erzielt werden kann. Die Fraktion will auf eine Volksabstimmung für den Planungskredit verzichten, da sie keine Zeitverzögerung mehr möchte und das Siegerprojekt von der Bevölkerung bisher positiv aufgenommen wurde.

Beatrice Büschlen, Grüne verzichtet auf das Vorlesen ihres Votums und gibt bekannt, dass die Grünen den Anträgen der BPK zustimmen werden.

Marc Schinzel, FDP hält sich ebenfalls kurz. Die FDP unterstützt die Anträge der BPK. Sie möchte das Volk nicht über einen Planungskredit abstimmen lassen, wenn nicht klar ist, wie das Projekt genau aussieht. Man muss unbedingt eine bessere Genauigkeit hinbekommen. Das sind die Überlegungen der Fraktion. Einen Punkt möchte er noch hervorheben, der für die FDP sehr wichtig und im Antrag 5.3. ent-

halten ist, wenn vielleicht auch etwas versteckt. Es wird dort gesagt, dass das Projekt ein Preisschild haben soll. Dieses wurde mit 38 Mio. Franken definiert. Für die Fraktion ist ganz entscheidend und das kann man im Bericht sehen, dass im Projekt, welches ausgearbeitet wird, mit Modulen arbeitet. Sie möchte sehen, wenn es Abweichungen nach unten oder nach oben gibt. Dies soll ganz klar ausgewiesen werden. Die FDP möchte modulartig entscheiden können, ob sie allenfalls gewisse Abstriche beim Projekt machen möchte, wenn es sich finanziell als notwendig erweist.

Patricia Bräutigam, CVP merkt an, auch die CVP werde den drei Anträgen der BPK zustimmen. Für sie ist der Standort Dorf ideal für die zwei Klassenzüge, die es neu geben soll. Die vielen jetzigen Provisorien sind keine langfristige Lösung mehr. Die CVP erachtet es daher als sinnvoll. Sie spricht sich gegen eine Volksabstimmung zum jetzigen Zeitpunkt aus, da jede weitere Verzögerung nicht die Lösung wäre.

Urs Brunner, SVP führt aus, die Vorlage werfe viele Fragen hinsichtlich Finanzierung und Schulraumstrategie auf. Finanzierung: Die Vorlage spricht von einem Bauvolumen von rund 42 Mio. Franken. Unter Berücksichtigung einer Ungenauigkeit von +/- 25 Prozent gemäss SIA liegen die Kosten zwischen 32 und 52 Mio. Franken. Die BPK geht von einem Preisschild von 38 Mio. Franken aus. Es werden so viele Zahlen herumgereicht. Welcher Betrag ist nun realistisch? Geht man von Investitionskosten von ca. 40 Mio. Franken aus, müssen selbstverständlich die Abschreibungen dazu gerechnet werden. Diese Abschreibungen belasten die Erfolgsrechnung nach HRM2 über 30 Jahre. In Binningen stehen in den nächsten Jahren noch weitere Investitionsprojekte an. Der Redner erwähnt nur vier: Werkhof 6,8 Mio. Franken, Sanierung Schwimmhalle Spiegelfeld 13,4 Mio. Franken, Neubau Meiriacker Doppelturnhalle 12,5 Mio. Franken, Mühlematt Energie- und Erdbebenertüchtigung 7,8 Mio. Franken. Laut Immobilien-Strategie kommen in den nächsten 10 - 15 Jahren Investitionen in Immobilien, Verwaltungs- und Finanzvermögen, in der Höhe von insgesamt rund 97 Mio. Franken auf Binningen zu. Das ist eine exorbitante Investitionssumme. Dabei sind Tiefbauten für Strassen, Leitungen und Gewässerverbauungen noch nicht eingerechnet. Die aufgezählten Investitionsbeträge können dem Ordner «Immobilien-Strategie, Teilrevision Finanzreglement», die jeder Einwohnerrat und jede Einwohnerrätin zugestellt erhielt, entnommen werden. Wenn man dazu noch die Leistungsausbauten der letzten 4 Jahre im Bereich Bildung, Soziales, Alter und Gesundheit in Zukunft priorisiert, kommt man auf Summen, die ohne massive Steuererhöhungen nicht mehr zu stemmen sind. Die Steuererhöhungen wird man auf die kommenden 30 Jahre Amortisationszeit der nächsten Generation weitergeben. Zudem hängt über der ganzen Finanzierung und den Investitionen das Damoklesschwert «Bodeninitiative» der SP. Die Initiative fordert u.a. massive Veräusserungseinschränkungen.

Der Redner kommt zur Schulraumstrategie. Das Zauberwort der Zukunft in der Schulraumplanung sollte vielmehr «Flexibilität» lauten. Die Prognosen der Schülerzahlen sind eine höchst unpräzise Wissenschaft. Der zur Verfügung stehende Bauraum in Binningen ist beschränkt. Bestehende Infrastrukturen sind besser auszulasten. Leere Schul-, Musik- und Handarbeitszimmer müssen wenn immer möglich vermieden werden. Ev. muss geprüft werden, ob leerstehende Büros und Gewerberäumlichkeiten angemietet werden können. Das ist besser, als ein neues Schulhaus zu bauen, das plötzlich ganz oder teilweise leer steht, wenn die Schülerzahlen wieder sinken. Engpässe im Schulraum können mit Provisorien gut überbrückt werden. Zürich beispielsweise hat in der Stadt rund 70 Modular-Pavillons aufgestellt. Diese Pavillons sind sehr flexibel und pragmatisch einsetzbar. Sie lassen sich einfach demontieren und an einen neuen Standort versetzen oder mit anderen Modulbauten kombinieren. Leider hat die BPK diese Alternativen nicht weiterverfolgt. Der Gemeindepräsident hat an der letzten Einwohnerratssitzung sogar darauf hingewiesen, dass die Provisorien in der Gemeinde einen hohen Standard haben und der Schulunterricht deswegen nicht leiden muss.

Fazit: Die Konsequenz aus all dem ist ohne massive Steuererhöhung ein strukturelles Defizit in Binningen. Dies gefährdet zweifellos die Standortattraktivität und damit das gute Steuersubstrat. Sollten sich die Binninger Stimmberechtigten dazu nicht eine Meinung bilden können und zwar bevor bereits 1,14 Mio. Franken ausgegeben und damit Fakten geschaffen werden? Immerhin entspricht der Betrag unge-

fähr einem Steuerprozent. Ist ein solches Vorgehen nachhaltig, wenn man an die nächsten Generationen denkt? Sollten sich die Binninger nicht zuerst ein Bild aller künftigen und bereits heute absehbaren Investitionen machen können? Nimmt man Binningen mit diesem Entscheid nicht die Möglichkeit zur Partizipation an derart wichtigen Entscheidungen? Die SVP ist der Meinung: Ja. Die Binninger Bevölkerung muss jetzt zu diesem Planungskredit Stellung nehmen können. Der entsprechende Antrag liegt dem Präsidenten vor. Den Antrag des Gemeinderats sowie die Anträge der BPK wird die SVP ablehnen.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP ist etwas überwältigt vom Votum der SVP, die eine Volksabstimmung fordert. Das Volk wird zu diesem Projekt Stellung nehmen müssen. Es ist aber vorgesehen, dass dies in einem zweiten Schritt erfolgt. Im Moment ist nicht die Finanzierung des Gesamtprojekts in Frage gestellt, sondern es geht darum, ein konkretes Projekt auszuarbeiten. Die BPK hat sich die Mühe gemacht und dies wirklich vertieft angeschaut. Sie macht nun einen Vorschlag, sodass man einen Schritt weiterkommt. Die Ängste, die von Seiten der SVP geäußert wurden, sind nachvollziehbar, aber sie können mit Argumenten entkräftet werden. Daher muss man bei diesem Projekt nun wirklich einen Schritt vorwärts machen und kann dann beim nächsten Schritt die grossen Fragen in Bezug auf die Immobilienstrategie und das weitere Vorgehen in der Gemeinde stellen. Der Votant betont, es gehe darum, einen Schritt zu machen, um das Projekt noch zu schärfen und dann anschliessend zu diskutieren.

Philippe Spitz, SP findet, das Votum des Fraktionssprechers der SVP könne nicht unwidersprochen bleiben. Er ist persönlich überrascht und enttäuscht, dass der politische Kontrahent, als Partei verstanden, erst jetzt mit solchen Argumenten kommt, die eigentlich zeigen, dass die Partei gegen ein Schulhaus an sich ist, dass man erstens gar kein Schulhaus will und dass es zweitens viel wichtiger ist, die Erhöhung von allenfalls einem Steuerprozent zu verhindern als den Schülern und Schülerinnen von Binningen, also den künftigen Generationen, zu erlauben, in würdigen Schulräumen zu sein. Für dieses Ziel will die SVP Provisorien für die Schulkinder. Das muss man sich aus Sicht des Votanten auf der Zunge zergehen lassen. Die ganze Sache wurde zudem verdreht. Es ist nicht so, dass die ganze Vorlage zum Schluss nicht vors Volk käme. Die Vorlage kommt am Schluss vors Volk. Es geht ja gerade darum, dass man jetzt ein genaues Preisschild machen kann. Aber genau dafür muss man nun etwas Geld aufwerfen.

BPK-Präsident Daniel Zimmermann, FDP möchte dem Fraktionssprecher der SVP entgegenhalten, dass sich die BPK sehr wohl, sehr lang und intensiv mit der Fragestellung der Provisorien auseinandergesetzt hat. Man sieht es auf Seite 3 im Detailbericht, dass der Nutzen aus dem Modell Zürich mit einem minimalen finanziellen Nutzen von 10 Prozent erkannt war. Das war in der Diskussion aber nicht ausschlaggebend. Letztlich haben die Argumente in den Anhörungen der Schulleitungen dazu geführt, dass bei diesen Unterbringungen nicht nur die Schulräume Thema waren. Die ganze Infrastruktur, um einen modernen Schulunterricht erhalten zu können, ist einfach nicht gegeben. Das hat letztlich dazu geführt, dass man nicht immer nur über Klassenzimmer und Modulbauweisen reden kann, sondern dass es etwas mehr braucht und Binningen den Platz dafür schlichtweg nicht hat. Der Redner möchte nochmals betonen, dass sich die BPK sehr wohl sehr intensiv mit dieser Frage auseinandergesetzt hat.

Roman Oberli, SVP muss den geäußerten Voten widersprechen. Die SVP ist nicht gegen ein neues Schulhaus. Im Gegensatz zur Mehrheit des Rats ist sie für Transparenz wie man dem Antrag entnehmen kann. Erstens ist der Antrag auf ein fakultatives Referendum zu verzichten rechtlich nicht bindend. Zweitens zeigt dies vielmehr, dass eine Mehrheit des Rats Angst vor dem Volk hat. Wenn man konsequent überlegen würde und das Volk würde den Antrag ablehnen, würde dies zeigen, dass das Volk das Schulhaus gar nicht haben möchte. Dann könnte man sich auch alles andere sparen. Bevor die Container schlecht geredet werden, kann er aus eigener Erfahrung erzählen. Er ging noch zur Schule, als die Container aufgestellt wurden. Die Schüler, welche in die Container umziehen durften, waren weitaus zufriedener als die, die im Südschulhaus Unterricht hatten.

Beatrice Büschlen, Grüne erklärt, nicht die Frage: Container oder nicht Container? per se sei das Problem, sondern der Platz, den sie verbrauchen für den Freiraum der Schüler und Schülerinnen. Je mehr

Container auf die Pausenplätze gestellt werden, desto weniger Pausenfläche gibt es. Diejenigen, die es am letzten Sonntag nicht mitbekommen haben, erinnert sie daran, dass in Binningen eine Abstimmung über ein Baukredit über 8 Mio. Franken für ein Schulhaus stattgefunden hat. An der Abstimmung haben hohe 48,35 Prozent der Bevölkerung teilgenommen. Der Kredit wurde mit 86 Prozent der Stimmen angenommen. 3983 Stimmberechtigte waren dafür und 567 Personen dagegen. Dies einfach nochmals zur Kenntnisnahme.

Gaida Löhr, SP wehrt sich gegen die Aussage, man habe Angst vor dem Volk. Binningen hat einen Einwohnerrat, da man grundsätzlich fand, man wolle in Binningen nicht alles via Gemeindeversammlung machen. Die Gemeindeversammlung ist durchaus ein schöner Weg. Binningen hat sich für einen anderen entschieden nämlich für den Weg der Vertretung des Volks. Dazu muss man aus ihrer Sicht stehen und sich sehr gut überlegen, wie viele Abstimmungen man wirklich vors Volk bringen möchte und wo man selbst die Verantwortung übernimmt. Dass man vors Volk geht, wenn man ein Schulhaus bauen will: Ja. Für den Planungskredit: Nein. Mit Angst hat dies überhaupt nichts zu tun. Die Votantin möchte noch etwas zu den Provisorien sagen. Diese sind viel besser wie früher, das gibt sie sofort zu. Aber sie ersetzen kein Schulhaus und sind teuer.

Rahel Bänziger, Grüne fängt bei dem Punkt an, wo sie Roman Oberli zustimmt. Der Antrag 5.2 der BPK ist rechtlich wirklich nicht möglich, da jede Privatperson das fakultative Referendum ergreifen kann. Die BPK kann daher nicht auf eine fakultative Volksabstimmung verzichten. Sie kann höchstens sagen, dass sie kein Behördenreferendum im Einwohnerrat ergreifen möchte. Das andere ist leider nicht möglich. Damit kommt sie zu den Punkten, bei denen sie ihrem Vorredner widerspricht. Angst vor dem Volk: Sie fragt sich, ob die SVP vorhin nicht zugehört hat. Es gibt eine Abstimmung. Dies bestätigte der Gemeinderat. Da kann man nicht von Angst vor dem Volk sprechen. Es tönt so, als habe die Fraktion etwas nicht richtig verstanden. Wenn man den Planungskredit gesprochen hat, hat man ganz im Gegenteil eine genauere Volksabstimmung. Sie nimmt an, es sei nicht im Sinn der SVP, dass man dies nun noch länger hinauszögert und die Provisorien zu Providurien werden lässt, sondern dass man den Kindern endlich gibt, was sie brauchen. Die Volksabstimmung letztes Wochenende hat ein klares Zeichen gesetzt. Sie glaubt nicht, dass der Gemeinderat nach dieser gewonnenen Abstimmung Angst vor dem Volk haben muss. Das ist aus ihrer Sicht einfach nur Polemik. Die Grünen werden den Anträgen der BPK zustimmen. Einfach Antrag 5.2. kann man so nicht stehen lassen.

Marc Schinzel, FDP möchte auf einen Punkt eingehen, den die SVP-Fraktion erwähnt hat. Es geht nun darum und das ist ganz entscheidend: Bringt man bereits den Planungskredit oder erst den Schulhausbau vors Volk, was vom Volumen her sowieso obligatorisch ist? Dort muss er die BPK in Schutz nehmen. Die Kommission hat dies genau angeschaut. Es geht ihr nicht darum, Intransparenz zu schaffen. Im Gegenteil. Die BPK möchte mit diesem Vorgehen erreichen, dass das Volk in genauerer Kenntnis des Projekts entscheiden kann. Das ist ganz wichtig. Das Volk muss die Grundlagen auf jeden Fall haben und soll dann entscheiden können. Es ist auch wichtig, dass man anhand des Vorprojekts sieht, wo man vielleicht Abstriche machen muss, um dies in einem vernünftigen finanziellen Rahmen zu halten. Insofern ist er nicht ganz einverstanden mit dem Votum seiner Vorrednerin, wenn sie sagt, es sei nur Polemik. Er sieht die Bedenken der SVP sehr wohl. Aber mit dem Vorgehen will man ja genau erreichen, dass das Volk genauer weiss worüber es abstimmt.

Roman Oberli, SVP möchte nochmals auf das Votum der SP hinweisen, die der SVP vorwirft, sie sei gegen den neuen Schulhausbau. Er wiederholt in aller Deutlichkeit, dass die Fraktion nicht gegen ein neues Schulhaus ist. Sie findet, das Volk sollte hier aus Transparenzgründen mitsprechen können. Es gibt die Sichtweise, wie sie sein Vorredner gerade erwähnt hat und es gibt die andere Sichtweise, die sagen würde, konsequenterweise müsste man das Projekt von A bis Z vors Volk bringen, um vollkommene Transparenz zu schaffen.

ABSTIMMUNG

Der Präsident möchte als erstes über den Antrag der SVP abstimmen lassen: «Weil der Planungskredit Erweiterung Schulcampus Dorf jeden Binninger in den nächsten 30 Jahren belasten und zwangsläufig zu Steuererhöhungen führen wird, muss dieses Geschäft den Binninger Stimmberechtigten zur Abstimmung vorgelegt werden. Alternativlösungen mit Kostenfolgen sind aufzuzeigen.»

Antrag SVP: 8 JA, 29 NEIN, keine Enthaltungen (Abstimmung 18)

://: Der Antrag der SVP wird abgelehnt.

Antrag 1 der BPK: 27 JA, 8 NEIN, 2 Enthaltungen (Abstimmung 19)

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP möchte beliebt machen, dass über Antrag 5.2. der BPK nicht abgestimmt wird. Das diesbezügliche Votum der SVP war völlig korrekt.

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP lässt darüber abstimmen, ob auf eine Abstimmung zu Antrag 5.2. der BPK verzichtet wird.

Verzicht auf Abstimmung zu Antrag 5.2. der BPK: Einstimmig JA (Abstimmung 20)

Antrag 3 der BPK: 26 JA, 8 NEIN, 1 Enthaltung (Abstimmung 21)

BESCHLUSS

- ://: 1. Für die Erarbeitung eines «Vorprojekt Plus» im Projekt «Erweiterung Schulcampus Dorf» wird ein Planungskredit in der Höhe von 1 140 000 Franken (inkl. 7.7% MWST) mit einer Kostengenaugkeit von +/- 10% genehmigt.
- ://: 2. Der Einwohnerrat beschliesst, über den Antrag 5.2. der Bau- und Planungskommission nicht abzustimmen.
- ://: 3. Die Weiterbearbeitung des Projektes mit der gewählten Phase «Vorprojekt Plus» soll für die Kostenoptimierung mit einem Preisschild von 38 Mio. Franken definiert werden. Kostenabweichungen sind im Detail jeweils mit einer Kosten-/ Nutzenanalyse zu begründen.
-

Traktandum 8

Nr. 56

Schlussbericht Geschäftsprüfung GRPK: Kündigung Aktionärsbindungsvertrag (ABV) betreffend Inter-GGA AG durch die Gemeinde Binningen

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Interfraktionelle Motion: Leistungsvereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Binningen und der Stiftung Alters- und Pflegeheime Binningen

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Interfraktionelles Postulat: Kein Verkauf von APH Immobilien

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Postulat R. Büchelin, SP: Kein Bahnanschluss an den EuroAirport

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Postulat S. Abt, SP: Sicherstellung einer adäquaten Wartung und Instandstellung der Schwimmhalle Spiegelfeld Binningen

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Motion Chr. Maier, FDP: Komitee Beitritte vor den Einwohnerrat!

://: Verschoben.

Beantwortung der Anfragen

Anfrage R. Büchelin, SP: Vandalenschäden Schulhaus Meiriacker

Nr. 145

1. Hat der Gemeinderat Kenntnis von den genannten Vorfällen?

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP bejaht die Frage.

2. Kann der Gemeinderat nähere Angaben dazu machen?

Unbekannte Personen haben sich Zugang zum Dach des Schulhauses verschafft und dort grösseren Sachschaden angerichtet. Es wurde Anzeige erstattet gegen unbekannt. Dies wurde bei der Kantonspolizei entsprechend deponiert.

3. Ist bekannt, wer an den Sachbeschädigungen beteiligt war?

Nein. Die Täterschaft ist zurzeit noch unbekannt. Die Ermittlungen der Kantonspolizei laufen.

4. Was genau wurde bei den Vandalenakten beschädigt?

Es gab Schmierereien an Oberlichtkuppeln, Solarpanelen und Metallfassaden-Elementen. Das Mikrofon für die Fluglärmmessung war bereits seit dem 6. März, also einiges früher, nicht mehr aktiv und kann deshalb nicht in Zusammenhang mit den angebrachten Graffitis stehen. Ob es durch eine andere Begehung beschädigt wurde, lässt sich heute nicht eindeutig feststellen.

5. Wie hoch ist der Sachschaden?

Im Polizeirapport vom 16. April 2019 wurde der entstandene Sachschaden auf 2000 Franken geschätzt. Die Offerte der PCT zur Beseitigung der Graffitis beträgt 1159 Franken und 60 Rappen. Hinzu kommen Umtriebe auf der Gemeinde, Polizeirapport und das Organisieren des Unternehmers von rund 700 Franken. Daraus ergibt sich eine Schadensumme von ca. 1800 Franken.

6. Welche Vorkehrungen werden getroffen, um solche Ereignisse zu verhindern?

Der Unterhaltsdienst und die mit der Schliessung beauftragte Firma, also der Sicherheitsdienst, arbeiten mit erhöhter Aufmerksamkeit bezüglich dieser Problematik. Die Gemeindepolizei führt zudem weiterhin vor Ort Kontrollgänge anlässlich der Abendpatrouillen durch.

Anfrage R. Oberli, SVP: VIKZ: Stand der Dinge?

Nr. 145

1. Sind der Gemeinde in der Zwischenzeit verdächtige Beobachtungen gemeldet worden?

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP teilt mit, aus der Bevölkerung seien keine Hinweise eingegangen. Auch hat das Bauinspektorat keine weiteren Aktivitäten festgestellt.

2. Hat die Gemeinde selber verdächtige Beobachtungen gemacht?

Aus verkehrstechnischer Sicht sind keine Vorkommnisse dokumentiert.

3. Der Gemeinderat hat an der letzten Einwohnerratssitzung mitgeteilt, er beobachte die Liegenschaft aufmerksam. Was bedeutet «aufmerksam» konkret? Wie häufig beobachtet er die Liegenschaft im Monat?

Es wurden verschiedene Stellen entsprechend angewiesen. Details dazu kann die zuständige Gemeinderätin nicht nennen.

4. *Hat der Gemeinderat vom Bauinspektorat Rückmeldung bekommen bezüglich der gemeldeten Beobachtungen?*

Als geschäftskreisführende Gemeinderätin sind der Votantin die Informationen zugänglich. Ein neues Nutzungskonzept liegt der Gemeinde aber noch nicht vor.

Traktandum 14

Diversa

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP informiert, der geplante, freiwillige Einwohnerratsausflug finde bei genügend Anmeldungen am Samstag, 15. Juni 2019 statt. Treffpunkt ist um 16 Uhr vor der Gemeindeverwaltung. Die Kosten müssen von jedem Mitglied selbst getragen werden, da in Folge der Sparbeschlüssen durch den Einwohnerrat die Kostenübernahme vom Gemeinderat gestrichen wurden. Die Einladung wird morgen verschickt.

Die nächste ordentliche Sitzung findet am Montag, 24. Juni 2019, 19.00 Uhr, statt.
Der Präsident schliesst die Sitzung um 23.00 Uhr.

ER-Sitzung vom 20. Mai 2019

* entschludgt

** verspätet resp. früher gegangen

			Vorstösse	Traktandenliste	Gesch. Nr. 151/XI								
			01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11
			Dringlichkeit Motion Nr. 144	Anpassung Traktandenliste	§ 10 Abs. 2: Streichung des Wortes «insbesondere»	§ 14 Abs. 2: zurück zum geltenden Recht	§ 26: Lohntabelle 2019 als Anhang zum Reglement	§ 37: Anpassung gemäss Entwurf Gemeinderat	§ 47 Abs. 1: 6 Monate Mutterschaftsurlaub	§ 48 Abs. 1: 10 Tage Vaterschaftsurlaub	§ 50 : 2 Wochen bezahlter Jugendurlaub	Genehmigung Personalreglement	Inkraftsetzung
Nr.	Name	Fraktion											
1	Bänziger	Grüne	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
2	Büschen	Grüne	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
3	Eichenberger	Grüne	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
4	Glaser	Grüne	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
5**	Jagtap	Grüne	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
6	Abt	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
7	Appenzeller	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung
8	Benthäus	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
9	Büchelin	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
10	Löhr	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung
11*	Macina	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
12	Müller	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung
13	Schellenberg	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung
14	Spitz	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
15	Strondl	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein
16	Tribolet	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung
17**	Alt	CVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
18	Bräutigam	CVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
19	Hafner	CVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
20	Heim	CVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
21	Götz	FDP	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22**	Häfele	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
23**	Heiz	FDP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
24	Inäbnit	FDP	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
25	Karoussos	FDP	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
26	Maier	FDP	Ja	Enthaltung	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
27**	Meyer	FDP	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
28	Sala	FDP	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
29	Schinz	FDP	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
30	Setz	FDP	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
31	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
32	Zimmermann	FDP	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
33	Blaser	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Enthaltung	Enthaltung
34	Brunner	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja
35	Bürgin	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Enthaltung	Enthaltung
36	Fankhauser	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Enthaltung	Enthaltung
37	Keller	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja
38	Oberli	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja
39	Schlup	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja
40	Weber	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja
TOTAL													
Ja			10	36	18	13	36	12	31	31	27	26	28
Nein			27	1	20	25	1	27	8	8	9	5	1
Enthaltungen			0	1	0	0	0	0	0	0	3	8	10
			37	38	38	37	37	39	39	39	39	39	39

ER-Sitzung vom 20. Mai 2019

* entschuldigt

** verspätet resp. früher gegangen

			Gesch. Nr. 138		Gesch. Nr. 141		Gesch. Nr. 142		Gesch. Nr. 95			
			12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Nr.	Name	Fraktion	Überweisung in BPK	Ordnungsantrag: Behandlung von Geschäft Nr. 142 auch nach 22 Uhr	Ausmehren: 5er Spezko (JA) vs. 5er Spezko (eine Vertretung pro Fraktion) (NEIN)	Ausmehren: 5er Spezko (JA) vs. 7er Spezko (NEIN)	Zustimmung zur Erweiterung Trägerschaft	Ordnungsantrag: Gesch. Nr. 95 noch behandeln	Antrag SVP: Volksabstimmung	Genehmigung Planungskredit für Vorprojekt Plus	Verzicht auf Abstimmung zu BPK- Antrag 5.2.	Weiterbearbeitung mit Preisschild von 38 Mio. Franken
1	Bänziger	Grüne	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthaltung
2	Büschen	Grüne	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
3	Eichenberger	Grüne	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
4	Glaser	Grüne	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
5**	Jagtap	Grüne	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
6	Abt	SP	Ja	Ja	Not voted	Nein	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Ja
7	Appenzeller	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
8	Benthaus	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
9	Büchelin	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
10	Löhr	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
11*	Macina	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
12	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
13	Schellenberg	SP	Ja	Not voted	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Not voted	Ja
14	Spitz	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
15	Strondl	SP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
16	Tribolet	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Not voted
17**	Alt	CVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
18	Brütigam	CVP	Ja	Not voted	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
19	Hafner	CVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
20	Heim	CVP	Not voted	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Not voted	Ja
21	Götz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
22**	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
23**	Heiz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
24	Inäbnit	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
25	Karoussos	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
26	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Enthaltung	Ja	Ja
27**	Meyer	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Not voted	Not voted
28	Sala	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
29	Schinz	FDP	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
30	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	Ja
31	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
32	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
33	Blaser	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
34	Brunner	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Not voted	Nein
35	Bürgin	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
36	Fankhauser	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
37	Keller	SVP	Ja	Not voted	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
38	Oberli	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
39	Schlup	SVP	Ja	Not voted	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
40	Weber	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein

TOTAL

Ja	38	34	21	20	38	21	8	27	33	26
Nein	0	0	17	19	0	16	29	8	0	8
Enthaltungen	0	0	0	0	0	1	0	2	0	1
	38	34	38	39	38	38	37	37	33	35